ATZE



Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 17

TÄTER

OPFER

3,-

Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

seit Monaten nimmt auch in Schleswig-Holstein der rassistische Terror immer mehr zu. Die Pogrome in Rostock haben dem weiter Auftrieb gegeben. So warfen z.B. in Neustadt/OH drei Faschisten im September Brandsätze gegen Wohnungen und Geschäfte von Migranten, und in Norderstedt wurde Ende Oktober eine Flüchtlingsunterkunft durch einen Überfall stark beschädigt. Zwei Beispiele von viel zu vielen.

Die Morde von Mölln haben im ganzen Land zu Demonstrationen geführt. Sie bewegten sich zwischen ehrlicher und hilfloser Betroffenheit und der Wut über die bürgerlichen Politiker, deren ritualisierte Aufrufe zum härteren Vorgehen gegen den Terror von rechts so trefflich von der eigenen Verantwortung für das Klima des Rassismus ablenken. Die Kundgebung der großen Koalition von SPD, CDU, FDP, Gewerkschaften und Unternehmern am 28. November 1992 in Kiel war bewußt als Abgrenzung zur Demonstration in Mölln angelegt und ließ jede Betrachtung der Ursachen des zunehmenden rassistischen Terrors vermissen. Mit Transparenten, Sprechchören und Flugblättern wurde dieser Versuch von antirassistisch tätigen Gruppen und Menschen kommentiert.

Aufgrund unseres Redaktionsschlusses können wir über die Demonstrationen in Kiel und Mölln nur in sehr eingeschränktem Umfang berichten. Den Artikeln in dieser Ausgabe könnt Ihr jedoch einiges über faschistische und rassistische Aktivitäten in verschiedenen Teilen des Landes entnehmen. Erneut äußern wir uns auch zur Flüchtlingspolitik der bürgerlichen Parteien. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Berichte von antifaschistischen Veranstaltungen und Diskussionsbeiträge.

Leider konnten wir nicht alle eingegangenen Artikel berücksichtigen. In der nächsten ATZE erwartet Euch dann ein Artikel zu den Aktivitäten der Rechtsextremen in den Heimatverbänden Schleswig-Holsteins sowie Besprechungen weiterer bei uns eingegangener .Bücher. Die nächste ATZE erscheint im März 1993.

Die **ATZE**-Redaktion

PS: Der für diese ATZE-Ausgabe vorgesehene Abdruck der Beiträge einer Veranstaltung über antifaschistische Perspektiven am 16. 11. in Kiel mit der Antifa (M) aus Göttingen, der Lupus-Gruppe (Frankfurt). dem Antifa-Infoblatt (Berlin) und der Gruppe Avanti aus Kiel klappte leider nicht mehr. Interessierte können diese Texte gegen 2.- DM in Briefmarken bei der ATZE-Redaktionsadresse anfordern.

Atze
Antifaschistische Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6, 2300 Kiel 1
Auflage: 900
Nr. 17, Dez./Febr. 1992/93
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen
Bankverbindung: S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20
Redaktionsschluß für die Nummer 18: 10. Februar 1993

Inhaltsverzeichnis

Nazi-Morde, Anschläge und Reaktionen

Schleswig Holstein

Namen, Daten, Fakten

Diskussion

Sonstiges

Antifaschistische Demonstration in Mölln

Über 13000 DemonstrantInnen zogen am 28. November 1992 durch die Möllner Innenstadt, nachdem dort wenige Tage vorher bei zwei Brandanschlägen drei Menschen türkischer Nationalität ermordet worden waren. Bereits in den Tagen zuvor hatten in vielen Städten Schleswig-Holsteins an Kundgebungen und Demonstrationen Zehntausende teilgenommen. Ob damit bessere Möglichkeiten für antirassistische Politik geschaffen wurden, läßt sich zur Zeit noch nicht beantworten.

Fünf von Rassisten ermordete Menschen sind die Bilanz eines November-Wochenendes und markieren so einen neuen Höhepunkt rechten Terrors. In Berlin wurde ein Antifaschist von Nazi-Skins erstochen; in Wuppertal prügelten Rassisten einen über 50jährigen Arbeiter tot, der sich abfällig über Hitler geäußert hatte. Zwei Häuser in Mölln brannten aus, nachdem dort Brandsätze geworfen wurden. Die Täter bekannten sich mit einem Telefonanruf und „Sieg Heil" bei der Polizei. Der Tod dreier Menschen geht auf ihr Konto.

Während die Toten von Berlin und Wuppertal in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieben, brach nach dem Tod der türkischen Frauen ein Sturm der Entrüstung und Empörung quer durch die Republik los. Nun müsse endlich Schluß sein mit dem rechten Terror, forderte so mancher Politiker, und einige bekundeten ihr Mitgefühl auch öffentlichkeitswirksam vor Ort.

Abgewiegelt wurde vor allem in Mölln., wo bei den letzten Landtagswahlen immerhin ca. 10% der WählerInnen ihr Kreuz bei REP und DVU gemacht hatten. Die Täter seien sicherlich nicht aus dem Ort gekommen, hieß es. Und so manchem war es auch in dieser Situation wichtiger,



Die Demonstration in Mölln



Die als rein "moralisch" und nicht politisch geplante Demonstration in Kiel

die durch die Anwesenheit von Flüchtlingen in Mölln entstandene Lage zu dramatisieren. statt sich an der Bekämpfung des rechten Verbrechens zu beteiligen Über die Aktivitäten des NPD-Funktionärs Heino Förster aus Mölln verlor niemand ein Wort. Dieser war mit seinen Gesinnungskumpanen in den letzten Wochen intensiv am Aufbau faschistischer Organisationsstrukturen im benachbarten Boizenburg-Hagenow beteiligt. So bereitete er die Gründung des dortigen NPD-Kreisverbandes vor, dessen Vorsitzender wenig später unter dem Verdacht inhaftiert wurde, 40 Jugendliche zu einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim angestiftet zu haben.

Dennoch war auch in Mölln verbreitete Empörung festzustellen. Demonstrationen von SchülerInnen, deren Abwesenheit wie bei den BerufsschülerInnen z.T. mit einem Tadel „honoriert“ wurde, und abendliche Spontandemonstrationen prägten das Bild der Stadt. Die Polizei sah sich in dieser Situation, die ihre Entsprechung in anderen bundesdeutschen Städten und der internationalen Berichterstattung fand, zu einem schnellen Fandungserfolg genötigt. So präsentierte sie Mitte der Woche den 25jährigen Michael Peters aus Gudow als Anführer einer rechten Terrortruppe, die in den letzten Monaten verschiedene Anschläge auf Flüchtlinge durchgeführt hatte. Mit den Morden von Mölln, so die bisherige polizeiliche Einschätzung, habe er aber nichts zu tun.

Anders als in Kiel, wo die Kundgebung nach den Worten des SPD-Landesgeschäftsführers Werner Kindsmüller ausdrücklich keinen politischen, sondern nur moralischen Charakter haben sollte, wandte sich der Kreis der Aufrufer in Mölln auch entschieden gegen jede weitere Aushebelung des individuellen Asylrechts durch die Änderung des Artikel 16 Grundgesetz. Neben den GRÜNEN, der VVN/BdA und den Jusos hatten auch viele antifaschistische Initiativen und linke deutsche und türkische Gruppen zur Teilnahme aufgerufen. Die konkrete Vorbereitung der Demo lag bei örtlichen Gruppen, die vom Lübecker Bündnis gegen Rechts und antirassistischen Gruppen aus Hamburg unterstützt wurden. Mehrere Lautsprecherwagen und eine weitgehende Koordination innerhalb der Demonstration konnten freilich einige Auseinandersetzungen nicht verhindern.

Zweimal folgte den Provokationen nationalistischer Türken physische Angriffe Mit Gaspistolen, Knüppeln und Steinen wurden kurdische und linke türkische DemonstrantInnen angegriffen. Auf Initiative einiger Autonomer wurden die Schlägereien dadurch beendet, daß sich Ketten zwischen die Angreifer und Angegriffene schoben. Die Polizei kesselte die dann aus der Demonstration gedrängten türkischen Nationalisten schließlich ein. Aber diese gezielte Provokation hatte zum Teil erreicht, was sie erreichen sollte. Etliche DemonstrationsteilnehmerInnen gingen den Rest der Route aus Frust und Unverständnis über diese Auseinandersetzung nicht mehr mit.

In einer ersten Bilanz werteten die VeranstalterInnen die Demonstration, die bewußt und im Unterschied zu der Kundgebung in Kiel einen politischen Charakter hatte, als Erfolg.

Antifaschist in Berlin ermordet!

Am Samstag ist Silvio Meier von Rechtsradikalen in einem Berliner U-Bahnhof ermordet worden. Dafür, daß viele AktivistInnen der ehemaligen Oppositionsgruppen wie der Umweltbibliothek oder des Neuen Forums auch den Weg zur außerparlamentarischen oder autonomen Szene gefunden haben, stand der 27jährige. Bis zu seinem Tod ist er rechtsradikaler Gewalt immer offensiv entgegengetreten.

Auf dem evangelischen Kirchentag 1987 gehörte Meier zu den MitbegründerInnen der „Kirche von Unten" (KvU). Unter ihrem Dach sollten auch nichtkirchliche Oppositionsgruppen einigermaßen sicher vor staatlichen Übergriffen arbeiten können. In Berlin war es vor allem die Umweltbibliothek, die immer wieder die Aufmerksamkeit der Stasi auf sich zog. Es war unter anderem Silvio Meier, der im Keller der Zionskirchgemeinde die illegalen „Umweltblätter" druckte, jener Zionskirche, in der 1987 der erste öffentlich gewordene Überfall von Skins auf linke Oppositionelle stattfand. Zwei Jahre später gab Silvio Meier das Oppositionsblatt „Moarning Star" heraus. Am 7. Oktober 1989 wurde er anläßlich der Gegendemonstration gegen die DDR-Feierlichkeiten verhaftet.

In der Wendezeit hatten er und weitere Friedrichshainer aus der KvU die „Fröhlichen Friedrichshainer Friedensfreunde" ins Leben gerufen - eine Gruppe, die mit der Besetzung der Schreinerstraße 47 auch den Alltag in die politische Arbeit mit einbeziehen wollte. In einer alternativen Druckerei verdiente Silvio und verdienen mehrere BesetzerInnen aus der Schreinerstraße ihr Geld.

Von Anfang an waren Silvio Meier und seine MitbewohnerInnen in der Schreinerstraße, wie auch die vielen inzwischen vorwiegend von WestberlinerInnen besetzten Häuser gezwungen sich mit rechter Gewalt auseinanderzusetzen. Vor und nach der Fußballweltmeisterschaft 1990 verging kein Wochenende, an dem Hooligans und Neonazis nicht besetzte Häuser oder „links" aussehende Menschen angriffen. Für Silvio und seine FreundInnen war klar, daß es nötig ist, der rechten Gewalt entschieden entgegenzutreten. „Schaut nicht weg, greift ein", ist auf vielen Flugblättern der Antifa-Initiativen zu lesen. Für Silvios FreundInnen ist es wichtig, dies auch weiterhin in seinem Sinne zu beherzigen.

Presseerklärung:

Wir sind FreundInnen und KollegInnen von Silvio Meier und fragen uns, warum die Polizei unkommentiert Schutzbehauptungen des Tatverdächtigten in die Öffentlichkeit bringt, die ihren eigenen Ermittlungsergebnissen widersprechen. Die Aussagen der Opfer stimmen sowohl im Tathergang als auch in wesentlichen Einzelheiten überein. Sie sind ohne vorherige Absprache unabhängig voneinander gemacht worden. Unsere FreundInnen waren unbewaffnet, und sie wurden überrascht angegriffen.

Zum Tathergang:
Unsere FreundInnen betrachteten die Auseinandersetzung um den Aufnäher für beendet. Als sie einige Minuten später die Treppe hinaufgingen, wurden sie mit gezogenen Messer erwartet; Silvio wurde durch zwei gezielte Stiche ins Herz sofort getötet. E. wurde festgehalten und mit einem Sich in den Rücken lebensgefährlich verletzt. J. wurde in die Seite gestochen und am Boden liegend ins Gesicht getreten.

Zur Schreckschußpistole: Der Tatverdächtige behauptet, durch einen Schuß an der Schläfe verletzt worden zu sein. Mit einer Schreckschußpistole sind Verletzungen aber nur durch einen Schuß aus unmittelbarer Nähe möglich. Die Polizei hat weder eine Pistole noch eine Patronenhülse gefunden; kein Zeuge hat einen Schuß gehört, der in einem U-Bahnschacht unmöglich zu überhören wäre. Er will im selben Moment einen Messerangriff registriert, das Messer aus der Hand getreten, den Angreifer ins Gesicht getreten, das Messer aufgehoben (denn es war ihm anscheinend direkt vor die Füße gefallen) und wild um sich stechend drei Menschen mit mehreren Stichen niedergestochen haben. Daß widerspricht jedem gesunden Menschenverstand und ist nicht einmal im Kino glaubhaft. Erneut versucht die Polizei, den Mord auf eine „Messerstecherei" zwischen Jugendlichen zu reduzieren und den Tatverdächtigen als unpolitischen Hooligan darzustellen. Manfred Vogt, Leiter der zuständigen Mordkommission, berichtete am Montag gegenüber der Presse von einem Zeugen, der einen der Täter rufen hörte: „Euch linken Schweinen haben wir es jetzt gegeben."

Wir fragen:
* Wo ist die Schreckschußpistole?
* Wer und wo sind die anderen Täter, deren Namen der Tatverdächtigte der Polizei genannt hat?
* Welchen Stellenwert haben die Aussagen der Opfer und Zeugen, wenn die Erklärung des. Tatverdächtigen unkommentiert als möglich dargestellt wird?

Wenn die Polizei zu diesem Zeitpunkt der Ermittlungen die fragwürdigen Schutzbehauptungen des Tatverdächtigen in dieser Form veröffentlicht, trägt sie zu unsachlicher, diffamierender und falscher Berichterstattung der Medien bei. Es ist ungewöhnlich, in einem laufenden Ermittlungsverfahren ausführlich die Äußerungen eines Tatverdächtigten zu veröffentlichen. Durch diese Informationspolitik wird die Zuspitzung faschistischer Gewalt verharmlost und damit breiter Widerstand verhindert. In wessen politischem Interesse handeln Polizei und Medien?

Während wir diese Erklärung schreiben, wird uns bekannt, daß die Polizei zwei wesentliche Behauptungen des Tatverdächtigen dementieren muß:
* Die Tatwaffe stammt nicht von Silvio.
* Die Kopfverletzung hat sich der Tatverdächtige selbst beigebracht.

Wir protestieren gegen die verantwortungslose Informationspolitik von Polizei und Medien, die antifaschistischen Widerstand kriminalisiert und die Opfer diffamiert und verhöhnt.
FreundInnen und KollegInnen von Silvio

(25. 11. 92)

Demonstrationen gegen Nazi-Terror

HeuchlerInnen oder demokratische AntifaschistInnen?

In vielen Städten Schleswig-Holsteins demonstrierten wie im gesamten Bundesgebiet zahlreiche Leute um den 9. November herum gegen die geplanten Änderungen des Grundgesetzes, gegen Rassismus und Nazi-Terror. Schon am 30.10 demonstrierten in Heide 500, am Samstag, den 7.11. fanden Demonstrationen in Husum, Neumünster, Preetz und Kiel statt, am Montag, den 7.11 demonstrierten 350 in Schleswig und 5000 in Flensburg, versammelten sich 1500 im Schleswiger Dom. Die Aufzählung ist bestimmt nicht vollständig, beweist aber, daß Menschen an den Aktionen teilgenommen haben, die sich bislang nicht an Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus beteiligten.

Berlin: Die Demonstranten wollten was anderes als die Redner

Zu der Demonstration in Berlin haben mit Kohl über Weizsäcker und Graf Lambsdorff bis Engholm auch die verantwortlichen Repräsentanten der Kräfte, die eine Änderung des Artikel 16 wollen, aufgerufen und zwar unter dem Motto des Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!" Hauptredner war von Weizsäcker. Plakate, Sprechchöre und Transparente ließen deutlich erkennen, daß die überwältigende Mehrheit der 350000 Demonstranten gegen jede Grundgesetzänderung und für ein uneingeschränktes Asylrecht eintraten und die Aufrufe von CDU und FDP als Heuchelei beurteilten.

Aus der mageren Berichterstattung über die Demonstration selber kann eindeutig geschlossen werden: Die Demonstration und die Kundgebung war den Organisatoren inhaltlich vollständig aus den Händen geglitten. Und wenn Weizsäcker dann in seiner vorbereiteten Rede sagt: „Und gegen die Störer und Schreihälse werden wir uns in der ganz überwiegenden Mehrheit miteinander durchsetzen. Jetzt können wir mit den neuen Herausforderungen fertig werden. Mit der Zuwanderung und dem Asyl und andererseits mit der extremistischen Gewalt", dann hat er sich auch gerade mit dieser Verknüpfung in offenen Gegensatz zu vielen Demonstranten gestellt. Daß er dafür Pfiffe, Eier und Tomaten erntet, ist nur zu verständlich, völlig normal und harmlos. Die Kieler kennen das von jeder Eröffnungsrede zur Kieler Woche.

War dies alles denn nicht, wie die CSU jetzt herausstreicht, vorhersehbar und warum haben Kohl und andere sich trotzdem darauf eingelassen, zu der Demonstration aufzurufen? Nach den Petersberger Beschlüssen der SPD hatten große Teile der SPD-Basis Kritik daran geäußert. Zunehmend engagierten sich auch eher christlich und humanistisch orientierte Leute gegen die Ausschreitungen der Nazis gegen Ausländer. Hinzu kommt, daß die Kritik des Auslandes ja auch mit Auftragseinbußen gekoppelt war, was von Seiten der Kapitalistenverbände völlig unerwünscht ist. Würde es einer Allparteienkoalition gelingen, den sich äußernden Widerstand politisch zu kanalisieren, die „Einheit der Demokraten" auch gerade nach außen zu demonstrieren, könnten Grundgesetzänderungen, Maßnahmen gegen Asylbewerber etc. durchgeführt werden und was die Aktionen der Faschisten betrifft, hätten die eigentlich Verantwortlichen eine weiße Weste. Das hat in Berlin nicht geklappt und die Pfiffe und die Eier waren halt Ausdruck davon. Eine solche



Demonstration in Berlin

Sichtweise der Dinge findet auch dadurch Unterstützung, daß die fast gleich große Demonstration eine Woche später in Bonn, auf der keine Regierungsvertreter ähnliche Manöver versuchen konnten, sehr friedlich ablief.

Die Juso-Hochschulgruppe Kiel schreibt in ihrem Flugblatt „Brandstifter von links“: „Traurig, aber wahr: einige wenige sind nicht in der Lage und nicht willens, für einen gemeinsamen gesellschaftlichen Konsens einzutreten.“ Worin soll denn der gemeinsame Konsens liegen? Darin, daß die Würde des Menschen unantastbar sei? Gilt daß auch für Flüchtlinge aus sogenannten Nichtverfolgerstaaten? Was soll von der demütigenden Behandlung der Flüchtlinge durch staatliche Stellen gehalten werden? Gibt es unterschiedliche Würden des Menschen? Wieso brauchen Flüchtlinge nur die Hälfte der Sozialhilfe, wie Deutsche? In Wirklichkeit war ein solcher Konsens gar nicht vorhanden. Weizsäcker und andere versuchten den Demonstranten ihre Sichtweise überzustülpen.

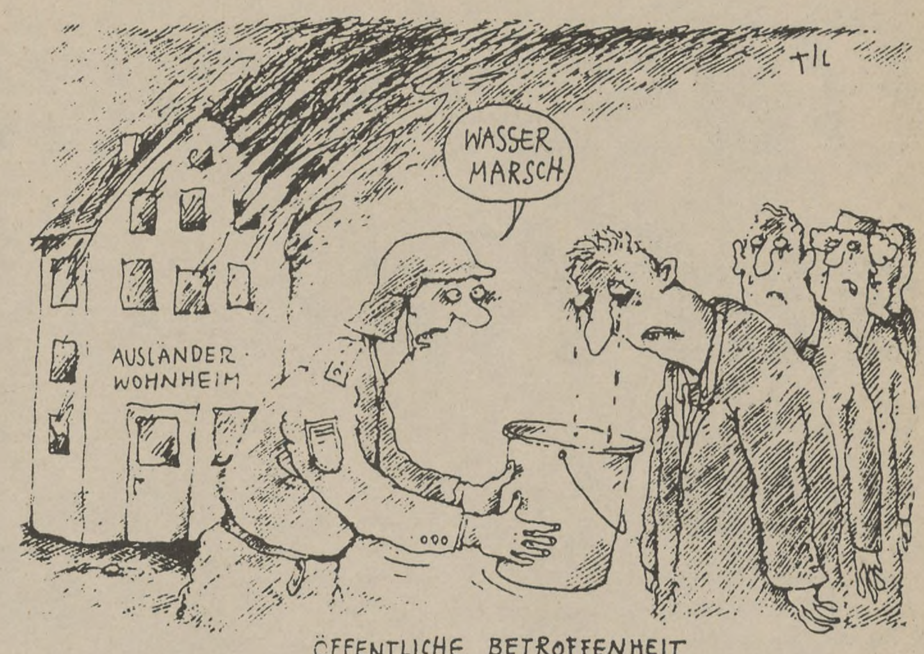
Das Gerede vom „Terrorismus von Links“

Presse und Medien waren voll davon. In der CDU/CSU werden erneut Rufe nach „schärferen Gesetzen gegen Links- und Rechtsextremisten“ laut sowie nach Ausrüstung der Polizei mit Gummigeschossen. In der Linken wird diskutiert, ob nicht dadurch eine anbahnende Zusammenarbeit mit Kräften weit über den eigenen Tellerrand hinaus gestört werde. Die Linke täte gut daran, tatsächlich über den eigenen Tellerrand hinauszugucken und nicht die Schuldigen im eigenen Lager, bei den Autonomen oder sonstwo zu suchen. In Wahrheit war und ist christlicher, humanistischer und antikapitalistischer Antifaschismus seit den Ereignissen in Rostock erstarkt. Weizsäcker und Kohl und Co. haben sofort darauf reagiert: Angebot auf Zusammenarbeit an alle, die ihnen folgen und schärfste strafrechtliche Verfolgung jeglichen selbständigen Widerstandes.

Die Anzeige durch den nicht wenig vorbelasteten Polizeichef Röper gegen den Verantwortlichen der Kieler Demonstration wegen angeblicher Ordnungswidrigkeiten liegen auf derselben Linie.

Entwicklungen in Kiel

Vor einigen Wochen hatten sich in Mettenhof, Neumühlen-Dietrichsdorf und in Elmschenhagen Gruppen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und für Völkerverständigung gebildet. Die Initiative dazu ging von je unterschiedlichen Kräften aus: mal von kirchlichen Kreisen, mal von eher linken Leuten. Gemeinsam ist diesen Gruppen, daß sie die Solidarität mit den Flüchtlingen konkret mit sozialen Fragen im Stadtteil verbinden, daß sie Erwartungen an die Stadt haben und selbständig tätig werden.



ÖFFENTLICHE BETROFFENHEIT

Das Bündnis gegen Rassismus und Abschiebung bereitete gleichzeitig mit verschiedenen linken Organisationen, der IG-Medien und anderen die Demonstration am 7.11. vor.

Am Tag der Demonstration war dann eine große Anzeige „12 X Nein! Stoppt die Gewalt!“ der „Kieler Runde gegen Ausländerfeindlichkeit“ in der KN. Zu dieser Runde gehören: Die Kreisvorsitzenden von CDU, SPD, FDP und der Grünen, Flottillenadmiral Engelmann, Propst Hasselmann, der Geschäftsführer der Kieler Nachrichten, Christian Heinrich, der Vorsitzende des DGB, der neue Oberbürgermeister, die Rektorin der Uni, der Präsident der IHK und nicht zuletzt Stadtpräsidentin Silke Reyer. Sie alle sahen sich genötigt, auf der Linie des Berliner Aufrufs Stellung zu beziehen. Am Donnerstag, den 12.11. schlossen sich dann alle vier Ratsfraktionen diesem Aufruf an. SPD, FDP und Grüne wünschten sich dann alleine: „daß sich auch in anderen Stadtteilen ... Solidaritätsarbeitskreise bilden.“

Jetzt - viel zu spät - sind auch die Größen des öffentlichen Lebens in der Lage, sich öffentlich gegen Fremdenhaß zu äußern. Das immerhin haben die vielfältigen Aktivitäten bisher bewirkt und das ist nicht schlecht. Zu verlangen wäre, daß sie das ihnen mögliche tun. Das erhofft sich aber zum Beispiel vom Geschäftsführer der KN oder vom Präsidenten der IHK im Ernst niemand.

Selbstverständlich wird auch die „Kieler Runde“ Einfluß auf die verschiedenen Aktivitäten insbesondere auch in den Stadtteilen nehmen wollen. Linke und andere Antifaschisten täten gut daran, sich darauf zu verständigen, was sie vor allem von der Stadt an Sofortmaßnahmen und längerfristigen Tätigkeiten fordern. - *(clm)*

Rassismus auf Raten

Von den (meisten) SozialdemokratInnen wird der Parteitagsbeschluß zum Asylrecht als Erfolg betrachtet, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven: Betonen die „Linken" in der SPD, daß es gelungen sei, das individuelle Grundrecht auf Asyl und die Rechtsweggarantie festzuschreiben, so sehen andere in diesem Papier vornehmlich eine Grundlage, die es zukünftig erlauben wird (falls Verhandlungen mit der CDU erfolgreich sein sollten), dem angeblichen „Mißbrauch des Asylrechts" effizient zu begegnen. Von rechts wird der Beschluß als nicht weitgehend genug kritisiert, von links dagegen als Aushebelung des Grundrechts auf Asyl. Diese grundsätzlich verschiedenen Einschätzungen machen eine nähere Analyse des Beschlusses lohnend.

BefürworterInnen wie auch GegnerInnen einer Änderung des Artikels 16 in der SPD behaupten, mit dem Ergebnis des Parteitags seien ihre Ziele verwirklicht. Kritik aus den eigenen Reihen ist (noch) die Ausnahme. Björn Engholm fühlt sich in seiner Linie bestätigt, auch wenn er von den ursprünglichen „Petersberger Beschlüssen" Abstriche hinnehmen mußte: Offizielle „Länderlisten", als Grundlage um Flüchtlinge bestimmter Nationalitäten von vornherein aus einem Asylverfahren auszuschließen, ließen sich nicht durchsetzen, die Rechtsweggarantie soll weiterhin auch für AsylbewerberInnen gelten.

Die allgemeine Zufriedenheit in der SPD liegt unter anderem an dem weiten Spielraum, den der Beschluß läßt. Der Text ist wenig konkret und geht kaum ins Detail. Die Interpretationsmöglichkeiten sind vielfältig. Nur ein Beispiel hierfür ist die Forderung nach einem beschleunigten und vereinfachten Verfahren „für jene Asylbewerber (...), bei denen aufgrund ihres Herkunftslandes eine individuell widerlegbare Vermutung besteht, daß ihr Antrag offensichtlich unbegründet ist." Es wird keinerlei Aussage darüber gemacht, wer diese Herkunftsländer festlegen noch wie dieses „Schnellverfahren" in der Praxis ausgestaltet werden soll. JedeR kann sich davon eine individuelle Vorstellung machen, die den jeweils eigenen Ideen möglichst nahe kommt.

Über die konkrete Umsetzung des sozialdemokratischen Beschlusses werden sich erst im Verlauf oder nach Abschluß der Verhandlungen mit der Bundesregierung geaue Aussagen machen lassen. Betrachtet mensch jedoch die Entwicklung der SPD im Verlauf der aktuellen Asyldebatte während der letzten Jahre, so stellt sich schnell die Befürchtung ein, daß der Spielraum nach rechts von Parteivorstand und Fraktion voll ausgeschöpft werden wird.



Engholms Asylinitiative - ein Frontalangriff auf den Art. 16 GG

Unabhängig davon ist jedoch bereits der Inhalt des Beschlusses ein Frontalangriff auf den Artikel 16 - trotz aller gegenteiligen Beteuerungen. Flüchtlinge, die nicht direkt aus ihrem Heimatland in die BRD einreisen, deren „Flucht in einem anderen Land geendet hat", sollen ohne weitere Prüfung wieder dorthin abgeschoben werden. Heute erreicht jedoch kaum noch jemand auf direktem Weg die BRD, weil z.B. in vielen Herkunftsländern eine Visumpflicht gilt. Die Visa sind äußerst schwer zu erhalten und Fluggesellschaften dürfen Flüchtlinge ohne gültiges Visum nicht befördern. Außerdem flüchten viele Menschen auf dem Landweg. BosnierInnen, die z.B. zunächst Kroatien erreichen, können nach dem Beschluß der SPD ohne weiteres dorthin zurückgeschickt werden. Gleiches gilt für somalische Flüchtlinge, die als erste Station beispielsweise Äthiopien erreichern. Dort sind sie unter Umständen vor Verfolgung sicher, ihr Überleben in den Flüchtlingslagern ist aber keineswegs gesichert. Das jedoch ist im Asylverfahren völlig unerheblich. Wird allein dieser Teil des Beschlusses konsequent umgesetzt, so wird in naher Zukunft kaum noch ein Flüchtling in das Asylverfahren aufgenommen werden.

Ein „beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren" soll gelten für AsylbewerberInnen, die aus mutmaßlich „verfolgungsfreien" Heimatländern kommen. Hierfür müssen sogenannte Länderlisten erstellt werden. Diese wurden also nicht, wie vielfach in den Medien berichtet, fallengelassen. Der Kompromiß besteht lediglich darin, daß sie keinen grundsätzlichen Ausschlußgrund vom Asylverfahren mehr darstellen sollen. Nichts ist darüber ausgesagt, wer diese Listen nach welchen Kriterien erstellen soll. Ginge es nach Organisationen wie amnesty international, dürfte darauf sowieso kum ein Staat der Erde auftauchen, denn in weit über einhundert Ländern wird gefoltert, gibt es politische Ver-

folgung. Zu befürchten ist jedoch, daß Staaten wie die Türkei, Nato-Partner und wirtschaftlich bedeutend für die Exportindustrie der BRD, in solche Listen aufgenommen werden. Ob kurdische Menschen dort verfolgt, gefoltert und ermordet werden dürfte eine geringere Rolle bei der Entscheidung spielen. Auch Rumänien, wo Sinti und Roma ständig Pogromen ausgesetzt sind, wird mit größter Wahrscheinlichkeit zu den „Nicht-Verfolger-Staaten gezählt" werden, da bereits heute weniger als 1% der AsylbewerberInnen von dort in der BRD als Flüchtlinge anerkannt werden. Dies sagt jedoch weniger über die in Rumänien herrschende Verfolgung als vielmehr über die Anerkennungspraxis und -kriterien in der BRD aus. Schließlich sei noch an die Beurteilung des faschistischen Regimes unter Pinochet in Chile durch die CDU/CSU erinnert: F.J. Strauß meinte nach einem Besuch dort, daß es sich im Stadion ganz angenehm lebe. Auch dies damals ein Land ohne politische Verfolgung?

Wie das vereinfachte Verfahren für diese Gruppe von Flüchtlingen aussehen soll, hat die SPD nicht konkretisiert. Schon das „normale" Verfahren läßt jedoch eine gründliche individuelle Überprüfung von Einzelfällen nicht zu. Ein noch weiter beschleunigtes Verfahren läßt sich nur noch als absolute Farce vorstellen, vielleicht als System von Sammellagern direkt hinter den Schlagbäumen und mit direktem Verkehrsanschluß in die Herkunftsländer - „Fahrscheinausgabe" wöchentlich z.B. durch Feldwebel der Bundeswehr.

Auch „in erheblicher Weise straffällig" gewordene Flüchtlinge, BewerberInnen, „die ihre aktive Mitwirkung an der Prüfung ihres Antrags" durch fehlende oder falsche Angaben zur Person verweigern sowie MehrfachbezieherInnen von Sozialhilfe sollen in den „Genuß" eines solchen vereinfachten Verfahrens kommen. Was die SPD hier verlangt, ist eine rassistische Sonderbehandlung. Kein Deutscher Staatsbürger und keine deutsche Staatsbürgerin verlieren ohne weiteres grundlegende Rechte aufgrund der Tatsache, daß sie straffällig geworden sind. Auch steht die Tatsache krimineller Handlungen in der BRD in keinem Zusammenhang mit eventueller individueller Verfolgung in den Herkunftsländern. Eine Begründung für die Verknüpfung beider Aspekte liefert die SPD nicht - ganz abgesehen davon, daß der Sozialhilfesatz kaum zum Leben ausreicht und darin eine Ursache zu sehen ist, warum Flüchtlinge „straffällig" werden. Die SPD will weitere Ursachen schaffen: An die Stelle von bar ausgezahlter Sozialhilfe sollen „weitgehend Sachleistungen" treten. Begründet wird dies damit, daß Barauszahlungen einen Anreiz darstellten, offensichtlich unbegründet Asyl zu beantragen. Noch vor wenigen Jahren verurteilten die SozialdemokratInnen die Ausgabe von Bezugsscheinen an AsylbewerberInnen als menschenunwürdige Praxis. Heute gehören sie zu den PropagandistInnen eines solchen Systems.

Hätte die SPD schließlich in den dreißiger Jahren in Schweden ihre Vorstellungen umsetzen können, so wäre Herbert Frahm wahrscheinlich wieder den Nazis ausgeliefert und unter Umständen in einem KZ ermordet worden. Dieser reiste nämlich illegal bei Nacht und Nebel über die Ostsee ein, um politisches Asyl zu erhalten und legte auch noch gefälschte Ausweispapiere vor. Ausgestellt waren sie auf den Namen Willy Brandt. Nicht einmal dieser Rückgriff auf ihre eigene Geschichte überzeugt SozialdemokratInnen vom menschenverachtenden Charakter ihres Tuns. Die Tatsache, daß es für viele Flüchtlinge lebensgefährlich wäre in ihren Heimatländern bei den Ämtern einen Paß zu beantragen, bzw. daß manche ihre wahre Identität verschweigen, um noch dort lebende Verwandte nicht zu gefährden, kann es daher erst recht nicht.

Eine weitere Forderung der SPD besteht darin, „das Schlepperunwesen (zu) bekämpfen und die Grenzkontrollen gegen illegal Einreisende (zu verbessern". Auch wie dies umgesetzt werden soll bleibt - wie so vieles andere im Parteitagsbeschluß - offen. Wird die Partei demnächst der bereits diskutierten Abstellung von Soldaten an die Grenzen zustimmen? Wird es irgendwann einen Schießbefehl geben, der dann allerdings nicht gegen Menschen gerichtet ist, die die BRD verlassen wollen, sondern gegen solche, die hier Aufnahme und Schutz suchen? Welches Gericht wird, sollte dieser Fall eintreten, gegen die Verantwortlichen einen Prozeß wegen Totschlags führen? Das „Schlepperunwesen" und die illegale Einwanderung existiert vornehmlich deshalb, weil es kaum noch legale Wege gibt, in die BRD zu gelangen. Diese „Probleme" sind nur zu beseitigen, wenn mensch eben solche Wege schafft. Es ist darüberhinaus eine Verdrehung der Tatsachen, wenn implizit die Behauptung aufgestellt wird, daß der Großteil der „illegal Einreisenden" keine Verfolgten im Sinne des Asylrechts seien.

Der Erhalt der Rechtsweggarantie gilt nach dem Text des Parteitagsbeschlusses lediglich eingeschränkt. Für die bereits genannten beschleunigten Verfahren wird sie nicht in vollem Umfang gewährt werden. Asylentscheidungen von Drittländern sollen darüberhinaus bereits anerkannt werden, wenn nur „eine weisungsunabhängige Instanz" die erstinstanzliche Entscheidung nachgeprüft hat. Auf diesem Wege abgelehnte Flüchtlinge sollen in der BRD keinen Antrag mehr stellen dürfen. Die Rechtsweggarantie der BRD gewährt jedoch eigentlich mehrere Überprüfungsinstanzen.

Zu befürchten ist, daß die Vereinbarung, die zwischen der Bundesregierung und der SPD getroffen werden wird, noch über den reinen Beschlußtext hinausgehen wird. Möglich wird dies durch die geschilderten Spielräume. Der Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Klose hat diese Entwicklung auf dem Parteitag bereits mehr als angedeutet: „Verhandlungen sind Verhandlungen. Und daß wir uns zu hundert Prozent durchsetzen werden, ist wenig wahrscheinlich. (...) absolute Bindung (an Parteibeschlüsse) kann es (für die Fraktion) schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht geben (...). Wir kennen kein imperatives Mandat." Die CDU signalisiert bereits jetzt deutlich, daß die Beschlüsse nicht weitgehend genug seien und einer Lösung des „Asylproblems" nicht dienlich wären. Es gibt auch keine Anzeichen dafür, daß die SPD inzwischen begriffen hat, daß sie - wie die anderen bürgerlichen Parteien - Teil des „Rassismus-Problems" in der BRD ist, daß sie durch die Asyldebatte und fortlaufende Verschärfungen des Ausländer- und Asylrechts dieses mitgeschaffen hat. Auch nach Mölln nicht.

Die Augen rechts

Rassismus in der Bundeswehr

Nur für kurze Zeit machte Mitte November ein brisantes Thema Schlagzeilen: rechtsextreme Tendenzen in der Bundeswehr und die Beteiligung von Soldaten an rassistischen Terrorakten. Diese waren Mitte November bekanntgeworden, nachdem in Kiel-Holtenau vier Offiziere eine (Übungs-)Handgranate auf ein Flüchtlingsheim geworfen hatten. Dieser rassistische Angriff wurde von der herbeigerufenen Streifenwagenbesatzung lediglich als „Ruhestörung" gewertet. Die Geschwaderleitung bezeichnete ihn als „Dummen-Jungen-Streich".

Besondere Brisanz gewinnt die Verbreitung rassistischer und faschistischer Tendenzen in den Streitkräften dadurch, daß für die Kontrolle einer Gesellschaft die Kontrolle der Streitkräfte eine entscheidende Bedingung ist. Vor diesem Hintergrund ist die weitgehende Nichtbeachtung dieses Themas durch die Linke und durch AntifaschistInnen erstaunlich. Erste Informationen liefert der folgende Artikel, der im kommenden Jahr durch ein 16-seitiges ATZE-Special ergänzt werden soll.

Ob die vier Soldaten in der Nacht vom 9. auf den 10. November den Marsch Hitlers und Ludendorffs auf die Feldherrnhalle (1923) oder die Pogromnacht gegen Juden und Jüdinnen (1938) feierten, ist bisher nicht bekannt. Fest steht jedoch, daß sie stark alkoholisiert gegen 1 Uhr nachts zum an die Kaserne grenzenden Flüchtlingsheim zogen und dort eine Übungshandgranate über den Zaun warfen. Die Explosion riß die 70 AsylbewerberInnen aus dem Schlaf; verletzt wurde glücklicherweise niemand.

Die Täter wurden bis auf weiteres vom Dienst enthoben. Ermittlungen und Beweissicherung lagen in Händen des Militärs. Erst nachdem die rassistische Attacke nicht mehr intern vertuscht werden konnte und JournalistInnen vom rassistischen Angriff Wind bekommen hatten, ging das Bundeskriegsministerium an die Öffentlichkeit. Ein Sprecher der Bundeswehr sprach von einem unpolitischen Fall von „grobem Unfug". Kriegsminister Rühe begrüßte auf dem CDU-Bundeswehrforum die Aussage der Fraktionen des Bundestages, daß es keinen Rechtsradikalismus in der Bundeswehr gebe, und sprach von einer „geringen Zahl von Einzelfällen".

Von 24 „Zwischenfällen", bei denen Soldaten in den letzten zehn Monaten an rassistischen Attacken auf Flüchtlingsheime beteiligt waren, hatte das Bundeskriegsministerium unterdessen gesprochen, und die meisten PolitikerInnen und Zeitungskommentatoren waren sich nicht zu blöde, diese Zahl den 400.000 Soldaten gegenüberzustellen und dann von einem verschwindenden Anteil zu sprechen.

Soldaten als rassistische Mörder

Nach Angaben des Wehrbeauftragten Alfred Biehle (CSU), der gewiß nicht in Verdacht steht, das Ausmaß der Verbreitung rassistischen und nationalistischen Gedankenguts in den Streitkräften zu übertreiben, beteiligten sich immer mehr Soldaten an „Auseinandersetzungen mit rechtsradikalem oder ausländerfeindlichem Hintergrund". Zu den von der Bundeswehr genannten „Zwischenfällen", von denen die Mehrheit im Westen stattgefunden haben, gehören auch drei Morde. Ein ehemaliger Unteroffiziersanwärter aus Magdeburg war etwa an dem Überfall auf die Gaststätte „Elbterrassen" am 9. Mai 1992 beteiligt, bei dem der 23jährige Torsten Lamprecht erschlagen wurde. Auch in Flensburg und Hannover waren wehrpflichtige Soldaten an der Tötung von Menschen beteiligt.

Im bayerischen Wildflecken wird ein Zeitsoldat aus der Bundeswehr entlassen, weil er an einem Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft in Bischofsheim Anfang November (Schußwaffengebrauch !) teilgenommen hatte. Aus dem Wehrbereichskommando VII (Sachsen, Thüringen sowie Teile Brandeburgs und Sachsen-Anhalts) wurden zudem die folgenden „Vorfälle" bekannt: Am 29. August 1992 ruft in Reichenbach ein Soldat vor einem Flüchtlingsheim „Sieg Heil" und hebt die Hand zum Hitlergruß. Ebenfalls zur 7. Division gehören sieben Soldaten, die vor einer Unterkunft für MigrantInnen in Doberlug-Kirchhain „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!" skandieren. Bei den rassistischen Angriffen auf das AsylbewerberInnenheim in Eilenburg am 13. September 1992 wird ein Unteroffizier festgenommen.

Die Aufzählung der Bundeswehr erwähnt nicht die vielen verbalen rassistischen und antisemitischen Aktivitäten in den Kasernen. Wenn z.B. in etlichen südwestdeutschen Garnisonen Reichskriegsflaggen aufgehängt werden, dann wird das von den zuständigen Kompaniechefs mit dem Hinweis gestattet, jeder Soldat habe das Recht, seine zu Stube zu „verschönern". Und auf die Tatsache, daß in mindestens vier Fällen Truppenübungsplätze von Neofaschisten für ihre Wehrsportübungen genutzt werden, mußte erst der Deutschlandfunk hinweisen.

Dabei war bereits im September über die Colbitz-Letzlinger Heide berichtet worden. Dort führen neofaschistische Kampftrupps Wehrsport- und Schießübungen (mit scharfen Waffen) durch. Und auf dem Truppenübungsplatz am Erfurter Drosselberg wurde gar der Angriff auf Flüchtlingsunterkünfte geübt. Die Bundeswehr, der das regelmäßig an den Wochenenden stattfindende Militärtraining der Nazis auf dem bewachten (!) Gelände bekannt gewesen sein muß, erstattete aber nicht Anzeige gegen die vom Verfassungsschutz identifizierten Faschisten, sondern zunächst einmal gegen die Journalisten, die über das Terrortraining der rechten Verbrecher berichteten.

Der Geist der Truppe

Dieser Umgang mit Rassismus und Faschisten in den Streitkräften verweist auf eine allgemeinere historische Tendenz, in der die Bundeswehr steht und die sich in ihr bemerkbar macht.

So sind nicht nur nach wie vor etliche Kasernen nach Generälen benannt, die den Nazis treu gedient haben, sondern die Bundeswehrführung verteidigt diese

Namensgebung auch heute noch. Das bekannteste aktuelle Beispiel ist wohl der Streit um die in Füssen gelegene Dietl-Kaserne. Die Beibehaltung dieses Namens begründete der zuständige General damit, daß Dietl zwar ein überzeugter Anhänger des Nationalsozialismus gewesen sei, aber auch „Charisma" besessen und „ein gutes Beispiel für soldatische Tugenden" gewesen sei.

Andererseits geht die Bundeswehr nach wie vor gegen Kritiker inner- und außerhalb der eigenen Reihen vor. Erinnert sei hier nur an den schon Jahre währenden Prozeßstreit um die Äußerung „Soldaten sind Mörder". Und im Oktober 1992 machte die Scheven-Affäre Schlagzeilen, als der ranghöchste Vertreter der Bundeswehr in Ostdeutschland, General Werner von Scheven, in schlechtester antidemokratischer Tradition den Abbau einer Tucholsky-Ausstellung forderte, weil in ihr Text- und Bildbezüge zwischen Arbeiten Tucholskys aus den 20er Jahren und der Situation in der Bundesrepublik (Militarisierung, Neofaschismus) hergestellt worden waren. Nach Ansicht des antikommunistisch durchdrungenen Generals müsse „das Machwerk ... auf dem Müllhaufen der Geschichte verschwinden", und er frage sich, „welche Rolle der Hersteller und Stifter dieser Ausstellung in der DDR gehabt hat". Dabei wurde die Ausstellung von dem renommierten Tucholsky-Forscher Richard von Soldenhoff, einem Westdeutschen, erstellt. Und dieser erstattete nicht nur Anzeige gegen den General wegen vorsätzlicher Beleidigung und übler Nachrede, sondern kommentierte in einem Brief an von Scheven in Tucholsky-Manier: „Uns fällt nur ein: Halten Sie die Klappe, Herr von Scheven".

Weniger bekannt sein dürften die vielfältigen Verbindungen zwischen (Ex)-Bundeswehroffizieren und den Ostlandrittern der Revanchistenverbände sowie zu extrem rechten Parteien und Organisationen.

Als Hartmut Koschyk (Oberleutnant der Reserve) im Oktober 1987 als neuer Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV) Klas Lakschewitz ablöste, ging ein Mann, der vor seiner Tätigkeit beim BdV Referatsleiter im Führungsstab der Streitkräfte im Bundeskriegsministerium war. Auch dessen Vorgänger Klaus Graebert und Hans Erich Seuberlich waren hohe Bundeswehroffiziere (Oberste) gewesen. Auch Odo Ratza und Richard Frodl, zwei ehemalige Bundeswehrgeneräle, betätig(t)en sich in führenden Funktionen in der Landsmannschaft Westpreußen, im BdV und in der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Enge Beziehungen pflegte die Bundeswehr in ihrer Geschichte auch zur HIAG, der Traditionsgemeinschaft der größten terroristischen Vereinigung der Geschichte, der Waffen-SS. Auf deren Feiern traten wiederholt Redner der Bundeswehr auf. In dem nahe Berlin gelegenen Halbe, inzwischen Pilgerstätte für verschiedene neofaschistische Gruppen, kam es im Rahmen des Volkstrauertages 1991 zunächst zur Kranzniederlegung durch die Bundeswehr, direkt im Anschluß zur Nazi-Feier. (Der an diesen Feiern beteiligten neonazistischen Wiking-Jugend (WJ) gestattete übrigens der Bundesgrenzschutz auch schon mal den Besuch ihrer Kasernen, wie 1984 in Fulda)

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß höchste Bundeswehroffiziere und Militärs sich neofaschistischen Organisationen anschließen. Besonders in der EAP (Europäischen Arbeiterpartei), aber auch in der MUN-Sekte und im Umfeld der Republikaner (Generalsgebrüder Uhle-Wettler) sind sie tätig. Und zur Liste der Referenten der rechtsextremen „Staats- und Wirtschaftspolitischen Vereinigung e.V." in Hamburg gehörten in der Vergangenheit u.a. Generalleutnant a.D. Domröse, General a.D. Ferber, General a.D. Heusinger, General a.D. Trettner, General a.D. Wust General Hans-Joachim Mack, ...

Dank der präzisen Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskriegsministeriums ist freilich allgemein bekannt, daß Rassismus und Neofaschismus in der Bundeswehr nur in Einzelfällen vorkommen. Wäre ja auch noch schöner, wenn da jemand Verbindungen sähe zu den Bemühungen um ein militärisches Expeditionskorps und dem Liebäugeln der Herrschenden mit dem Staatsnotstand. *(nn, Avanti)*

Die ATZE-Redaktion bittet alle AntifaschistInnen, die über Material zum Thema Militarismus, Militär/Polizei und Neofaschismus/Rassismus/Sexismus verfügen, um zeitweise Überlassung und/oder Fundstellenhinweise. Post bitte an unsere Redaktionsadresse.

CONTAINERUNTERBRINGUNG von Flüchtlingen in Elmschenhagen

Offene Anfrage der Elmschenhagener Initiative:
Welche Zeichen setzt die Stadt?
Elmschenhagener Initiative
für Völkerverständigung - gegen Rassismus

Offene Anfrage
an die Fraktionen der Ratsversammlung der Stadt Kiel
an den Magistrat der Stadt Kiel
an den Oberbürgermeister der Stadt Kiel
der Ausländerbeauftragten, Frau Rothenburg-Unz, zur Kenntnis
dem Ortsbeirat Elmschenhagen zur Kenntnis und zur Beratung

1. Mehrere Fragen/Forderungen zu sozialen Bedingungen für die neuen Einwohner Elmschenhagens:

Wir möchten menschenwürdige Bedingungen für die kommenden Flüchtlinge, die nicht durch Schlechterbehandlung gegenüber Deutschen diskriminiert werden dürfen. Container sind für 150 zur Zeit obdachlose Flüchtlinge wohl eine Verbesserung, jedoch für uns weder eine längerfristige Lösung noch eine Wohnunterbringung, an deren Anblick wir uns gewöhnen möchten (Zitat unserer Kinder: Da soll jemand drin wohnen?). Deshalb:
a. Was plant die Stadt längerfristig und für Elmschenhagen, um neue Einwohner u.a. eben auch Flüchtlinge vernünftig unterzubringen?
b. Warum wurde auf dem Grundstück am Ellerbeker Weg, auf das die Wohnungsbaugenossenschaft Ost eG eine Option hat, nicht eine soziale Bebauung mit „normalen" Mietwohnungen eingeleitet? (Daß auch Bebauung schell gehen kann, zeigen ja andere Beispiele im Stadtteil) Das Grundstück gehört doch der Stadt und im Vorstand der Baugenossenschaft war oder ist? Oberbürgermeister Luckhardt a.D.?
c. Warum zahlt das Land nicht (laut Aussage des Ortsbeirates), wenn die Stadt Wohnungen für Flüchtlinge baut oder kauft, sondern nur anteilig die Miete für Container? Will das Land damit die Containerunterbringung, die sicher nicht billiger ist, fördern? Würden Sie sich bei den zuständigen Landesgremien dafür einsetzen, daß die Richtlinien oder gesetzlichen Grundlagen für eine solche Finanzerstattung geändert wird und die gesamten Kosten auch bei Kauf oder Bau/Anmietung vom Land getragen werden? Was zahlt die Stadt monatlich für die 50 Elmschenhagener Container und an wen?
d. Hat die Stadt in den letzten Jahren alles dafür getan, den Flüchtlingen eine dezentrale Unterbringung zu ermöglichen? Wer ist für die berufsmäßige Erfassung der Liegenschaften bzw. freistehenden Wohnraums bei der Stadt verantwortlich? Nimmt die Stadt ihr Vorkaufsrecht wahr?
e. Solange die Flüchtlinge in den aufgestellten Containern wohnen müssen: gibt es einen Sozialraum für die Flüchtlinge, der größer ist als die ca. 14qm eines Containers? Setzen Sie sich für ein Telefon ein, das innerhalb der Containeranlage für alle gut erreichbar und mit einem Notruf ausgestattet ist? Dieses darf nicht nur über den Hausmeister erreichbar sein.
f. Wie löst die Stadt das Problem der fehlenden Plätze für Kinder in den vorhandenen Kindertagesstätten? Wenn Flüchtlingsfamilien mit Kindern kommen, wie werden diese dann sozial betreut und integriert? (Allein in der städt. KITA am Weinberg stehen 90-100 Kinder auf der Warteliste).
g. Wie sind die Schulen des Stadtteils auf die Aufnahme von Flüchtlingskindern vorbereitet?
h. Ist für eine medizinische sowie sprachliche Betreuung der Flüchtlinge gesorgt?

2.Fragen/Aufforderungen, die das „Miteinander" betreffen - Zeichen der Stadt Kiel

Es gibt viele Sachen, die die anliegenden Elmschenhagener zur freundlichen Aufnahme und einem gleichberechtigten Miteinander machen können, die wir sicher auch tun werden,
jedoch:
Welche Zeichen wird die Stadt offiziell setzen, gerade um Anschlägen und rechter Diffamierung den Boden zu entziehen?
a. Wir haben die Stadtpräsidentin eingeladen, die Flüchtlinge am Tage des Einzugs zusammen mit uns zu begrüßen. Wird sie oder ein anderer offizieller Vertreter der Stadt dieses tun?
b. Unterstützen Sie finanziell die Herausgabe eines Plakates, das wir mit Stadtteilbezug entwerfen, damit wir die inzwischen angebrachten Hakenkreuze und „Ausländer raus" Parolen überkleben können?
c. Wenden Sie sich mit einer offiziellen Information an die betreffenden Elmschenhagener Vereine, damit die Vereinsmitglieder (oft Jugendliche) positiv auf die Flüchtlinge vorbereitet sind. Vielleicht wäre auch ein Vorschlag Ihrerseits, diese zu Vereinsveranstaltungen einzuladen, von Nutzen für das gleichberechtigte Miteinander im Stadtteil.
d. Wir begrüßen es, daß Frau Rothenburg-Unz- als Ausländerbeauftragte der Stadt zusammen mit unserer Initiative sowie Vertretungen der Lehrer und Erzieher in Elmschenhagen eine Veranstaltung in den nächsten Wochen ausrichten und planen wird und zur Zusammenarbeit bereit ist.
e. Gibt es von der Stadt zu verteilende Handzettel für die drei Stadtteile, in denen Container aufgestellt werden, oder kann die Stadt Handzettel fördern, die wir für die Elmschenhagener Haushalte erstellen?

3.Bedrohung durch Faschisten/Skinheads oder ähnliche / Rechtliche Handhabe und Verfolgung von Delikten

Nachdem in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag etliche Hakenkreuze und „Ausländer raus"-Parolen an die neuen Container gesprüht worden sind, läßt sich Schlimmeres vermuten, wenn die Flüchtlinge erst einmal da sind.
Da wir als Initiative es nicht als unsere Hauptaufgabe sehen, die Menschen nachts z.B. vor Überfällen zu schützen und auch nicht jeden Tag diese im Prinzip verbotenen Zeichen oder Parolen übermalen werden können, fragen wir:
a. Welche Schritte gedenkt die Stadt rechtlich zu unternehmen, wenn auf ihren eigenen Einrichtungen Hakenkreuze und eindeutig rassendiskriminierende Schriften zu finden sind? (Das Strafgesetzbuch verbietet ja bekanntlich das Verwenden und Verbreiten von faschistischen Kennzeichen, Parolen und Grußformeln, die Aufstachelung zum Rassenhaß, Aufforderung zur Gewalt und die Beschimpfung und Verleumdung von Teilen der Bevölkerung) Wie werden die Ermittlungen geführt? Wegen was wird ermittelt? Wie ist im Fall der Elmschenhagener Container ermittelt worden?
b. Stehen in den Satzungen bzw. Nutzungsordnungen der öffentlichen Häuser wie Jugendtreffs, Schulen, Büchereien, Sportanlagen u.ä. solche Verbote solcher Propaganda und Zeichen oder wird die Stadt ein Zeichen setzen und sich öffentlich dafür einsetzen?
c. In diesem Zusammenhang finden wir es empörend, daß eine wirklich unverkennbare antifaschistische Demonstration, an der viele von uns teilgenommen haben, durch eine Anzeige gegen die Demonstrationsleitung durch die örtliche Polizei nachträglich diffamiert wird. Wir hoffen, daß Sie darauf einwirken, daß diese Anzeige zurückgenommen wird.

Faschistische Übergriffe in Preetz

Im folgenden drucken wir eine Auflistung verschiedener Übergriffe von Jungfaschos die seit ca einem Jahr die BewohnerInnen von Flüchtlingsunterkünften terrorisieren. Ihr erklärtes Ziel ist, Preetz ausländerfrei zu machen. Die Preetzer Polizei weigert sich in der Regel einzugreifen. Wie es aussieht, besteht einiges an verwandtschaftlichen und privaten Kontakten zwischen Polizei und Preetzer Jungnazis. Wir werden die Entwicklungen in Preetz weiterhin beobachten und sollte sich an dem Zustand nichts ändern, auch Namen, Adressen und Fotos veröffentlichen.

In der Nacht zum Buß-und Bettag 91 griffen ca.20 Nazis aus Preetz, Kiel, Heide und Umgebung das Flüchtlingsheim „Rhodos" an. Sie waren vermummt und bewaffnet. Die Nazis wurden von der Nachtwache und vorwiegend von den Bewohnern in die Flucht geschlagen.

Am 2.Januar 92 wurde ein Schwarzer Mitbürger von ca.15 NaziSkins vorm Kino und vor den Augen der Bürger zusammengeschlagen. Erst als die Nazis sich am Kino zuschaffen machen wurde die Polizei geholt. Die Polizei floh aber um Verstärkung zuholen Als sie wiederkamen waren die Täter natürlich über alle Berge.

Am 8.Januar griffen 3 Nazis die Flüchtlingsunterkunft in der Kielerstraße an. Sie zerschnitten das Telefonkabel,zerschlugen Fenster, riefen Nazi-Parolen und verklebten FAP-Aufkleber.

Am 20.April 92 wurden Antifas am Golf GTI-Club, mit Autos gestellt. Die Autos der Antifas wurden mit Baseballschlägern verbeult.

Am 18,20.,21. September 92 haben Nazis die Wohn-Container in den Schwebstöcken, mit Steinen angegriffen. Sie gröhlten Parolen und zerschlugen ein Auto der Bewohner.

Am 3.0ktober 92 wurde einem Antifa CS-Gas aus einem schwarzen Peugeot ins Gesicht geschossen, der am „Rhodos" stand. Die Autos der Nachtwachen wurden auf dem Markt beschossen und mit Steinen beschmissen. Eine Frau ist daraufhin zur Polizei gegangen, wo ihr gesagt wurde: „Wir sind dafür nicht zuständig, bitte wenden sie sich an das Innenministerium."

Am 13.0ktober 92 wurden drei Antifas auf dem Jahrmarkt angegriffen. Einer der Antifas mußte nach zwei CS-Gas Schüssen ins Gesicht in die Augenklinik Kiel.

Am 23.0ktober 92 fielen durch ein offenes Fenster im „Rhodos", zwei CS-Gas Schüsse. Es waren laute Parolen wie „Deutschland den Deutschen" zuhören.

Am 24. Oktober 92 war die ganze Stadt voll Nazis. Sie fuhren ständig mit vollbesetzten Autos hinter den Nachtwachen her. Teilweise stiegen sie aus und standen mit Baseballschlägern an der Straße. Sie fuhren die ganze Nacht, bis sich ein Kieler Auto von den Nazis, das von der Polizei verfolgt wurde, überschlug. Wie zu hören war, bekamen an diesem Abend noch ein paar Nazis nach langer Zeit mal wieder einen Satz heiße Ohren.

31.0ktober 92 griffen Nazis das Rhodos an. Es gingen Scheiben zu Bruch und ein Kleinbus eines Bewohners wurde entglast und mit Baseballschlägern bearbeitet. Zuvor war die Nachtwache von der Ausländerbeauftragten „gebeten" worden, sich nicht mehr am Rhodos aufzuhalten. Die Reaktion erfolgte prompt.

9.11.92. Gegen 23.45 Uhr fuhr der blaue Opel PLÖ-K-616 am Rhodos vorbei, die Insassen gröhlten „Sieg Heil", sie stiegen aus und riefen „Kommt raus Ihr Schweine". Es standen ca 6 bis 7 Nazis mit Baseball/Totschlägern auf der Straße. Während das Heim verteidigt wurde, alarmierte man gleichzeitig die Polizei, die dann auch gegen 24.00 Uhr erschien. Die Nachtwachen gaben der Polizei die Autonummern der Täter, woraufhin die Polizisten meinten, Sie könnten sowieso nichts machen. Somit fuhren die Wagen weiterhin vollbesetzt mit bewaffneten Nazis durch die Stadt.

Am 9.11. gab es dann auch in Preetz eine relativ große Demonstration mit ca 800 TeilnehmerInnen. Aufgerufen hatten die örtliche Antifa, der DGB, die Jusos, Grüne und andere. Bedauerlich war die Tatsache, daß es kein Flugblatt gab, um PassantInnen zu informieren. Dafür wurden aber einige Redebeiträge gehalten. Den Vogel schoß hierbei ein Juso-Vertreter ab, dem zum Thema Schutz von Flüchtlingen u. a. einfiel, mehr Polizei zu fordern. Wo gerade Preetz ein schon fast klassisches Beispiel polizeilicher Untätigkeit gegen rechts ist. Sollen sich noch mehr Polizisten mit den Dorfschlägern freundlich die Hand reichen und Zigaretten rauchen? Um besser gegen Linke vorgehen zu können? Manchmal ist gut gemeint eben das Gegenteil von gut!

Eine Antifaschistin aus Preetz



Nach dem Überfall vom 2.1. machen einige Beteiligte ein Nickerchen. Bezeichnenderweise hatte ihr weißer Polo das Kennzeichen HEI-L-121. Daß Sie bis auf die Aufkleber auf der Windschutzscheibe ungeschoren die Stadt wieder verlassen konnten, liegt wahrscheinlich daran, daß die Polizei ein wachsames Auge auf die Jüngelchen hatte; wohlgemerkt nach Ihrer Aktion, und sich die Antifa unter solchen Umständen nicht traute,das Auto samt Insassen mattzusetzen.

Rendsburg:
Politiker, Justiz und Nazi-Skins ziehen an einem Strang

Wenn die da oben von Frieden reden, so bereiten sie den Krieg vor. Wenn Politiker, Richter und Polizei von "härterem Durchgreifen" gegenüber Neonazis sprechen, so hindert sie das in keinster Weise, noch härter gegen AntifaschistInnen vorzugehen und selbst ihr eigenes rassistisches Geschäft zu besorgen. Zum Beispiel Rendsburg: Seit Monaten nehmen faschistische Angriffe gegen Flüchtlinge und "Nichtdeutsche" zu. Kommunalpolitiker aus dem Kreis Rendsburg beteiligen sich auf ihre Art und Weise an der Hetze gegen Asylbewerber. Gleichzeitig wird in einer bemerkenswerten Einheit von Staatsanwaltschaft, Richtern, Polizei und Politikern versucht aktiven Antifaschismus zu kriminalisieren. Ein Urteil gegen einen solchen - 7 Monate ohne Bewährung (vergleiche unten) - wird unisono begrüßt. Deutsche und türkische Menschen die das tun, was eigentlich die Pflicht eines/r Jeden wäre, nämlich Farbe zu bekennen und sich offensiv gegen Faschismus und Rassismus zu wehren sollen eingesperrt werden. Ob diese Politik aufgeht wird sich noch zeigen. Schon an dem Verlauf der Konzerte der Nazi-Kultband "Böhse Onkelz" am 6. und 7. Dezember in der Rendsburger Discothek Walhalla wird sich herausstellen, in wieweit die örtliche Bevölkerung die Ausgrenzung von AntifaschistInnen mitträgt. Mehr zu diesem Konzert auf Seite16.

Faschistischer Terror in Rendsburg nimmt zu

Nachdem es im Sommer relativ ruhig war, haben das Ausmaß und die Qualität des faschistischen Terrors in Rendsburg und Umgebung seit den Pogromtagen in Rostock einen erschreckenden Höhepunkt erhalten. In der Nacht vom 6. auf den 7. September wurden Brandanschläge auf die zu dem Zeitpunkt leerstehenden Wohncontainer in Fockbek und auf eine bewohnte Flüchtlingsunterkunft in Jevenstedt verübt. Drei Tage später wurden die Wohncontainer in Fockbek erneut mit Molotow Cocktails beschmissen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

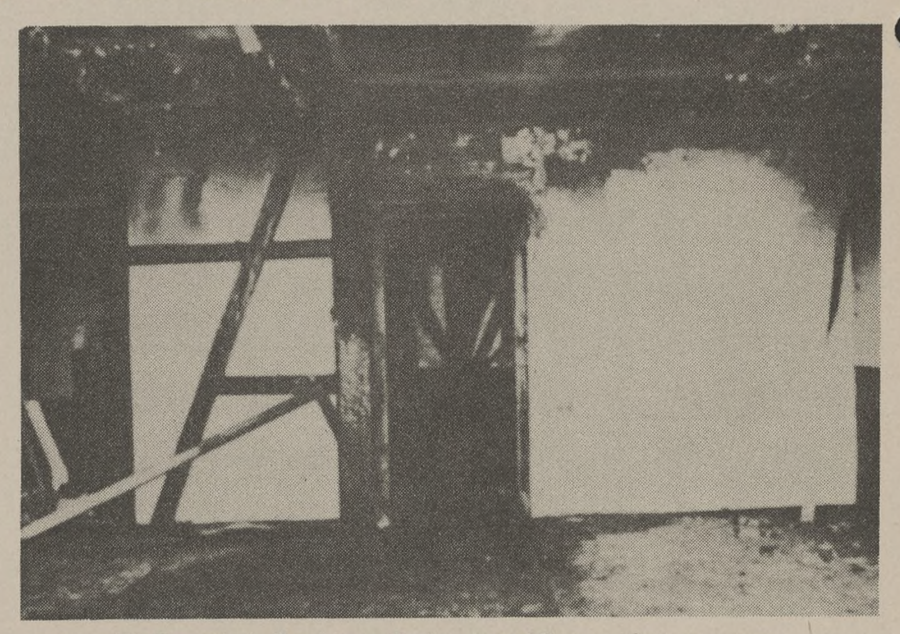
Am Abend des 3. Oktober wurden die mittlerweile bewohnten Container in Fockbek aus einem Auto heraus mit Steinen angegriffen.

In der Nacht zum 11. Oktober griffen ca 20 Nazi-Skins mit Brandbomben und Steinen ein Obdachlosenheim in Borgstedt (bei Büdelsdorf/Rendsburg) an, die BewohnerInnen konnten die Nazis durch entschlossene Gegenwehr vertreiben und einen Brandsatz, der das Reetdach abzubrennen drohte, löschen. Die Nazi-Skins wurden alle festgenommen, gegen drei der Nazis wurden Haftbefehle ausgesprochen, der Rest läuft wieder frei herum.

Am 22.10 wurden in Westerrönfeld die Scheiben der Wohncontainer der Flüchtlinge eingeworfen; in der Rendsburger Innenstadt jagten einige Faschisten linke Jugendliche mit Baseballschlägern. Einen Tag später griffen ca 20 Faschisten und aufgehetzte Jugendliche nach einem Trinkgelage die Wohncontainer erneut an, schmissen einen Molotow-Cocktail, demolierten die Blechwände und zerstörten die Scheiben. Ein Flüchtling wurde verletzt.

Die Lokalpresse stürzt sich auf die Ereignisse besonders im Hinblick auf die versuchte Gegenwehr von antfaschistischer Seite und konstruiert ein Bild von „rivalisierenden linken und rechten Banden". Bewußt wird so der Terror der Faschisten verharmlost und entpolitisiert. Zudem wird der antifaschistische Widerstand durch haarsträubende Justizurteile bewußt kriminalisiert (siehe Meldung zu Matthias Prozeß).

Die antifaschistische Bewegung in Rendsburg versucht momentan durch verstärkte öffentliche Arbeit (wöchentliche Büchertische, viele Flugblätter und Kundgebungen, Leserbriefe, Pressemitteilungen etc.) dieser Entpolitisierung und Isolierung etwas entgegenzusetzen. Es ist mehr denn je notwendig, den antifaschistischen Widerstand auf eine breitere Basis zu stellen! (Quellen: div. „Landeszeitungen"; -az)



Die Teestube in Rendsburg, Treffpunkt und Kommunikationszentrum, nach einem Brandanschlag durch Nazis im Juni 1988

Offizielle, rassistische Vorreiter in Büdelsdorf und Fockbek

Ausländerfeindlichkeit und Rassismus werden gefördert durch Gesetze und offizielles Verhalten von Bund, Ländern und Gemeinden. Am 19.9. (Kieler Nachrichten) spricht Sozialminister Jansen (mittlerweile ja als Scharfmacher bekannt) sich eindeutig für die Einschränkung der Sozialhilfe für diejenigen Asylbewerber und -bewerberinnen aus, die beschleunigte oder kurze Verfahren haben. Ersetzt durch „ein geringes Taschengeld" und Sachleistungen soll der Geldbetrag werden, der jedem Deutschen als (sowieso schon minimaler) Mindeststandard zusteht. Wieder werden Menschen dadurch als eben „anders" gekennzeichnet, als mit eben geringeren Bedürfnissen, auf einer anderen Stufe stehend; und was ist diese Betrachtungsweise anderes, als öffentlich geförderter Rassismus?

Neun und elf Tage später liest mensch, was auch kein Zufall ist: Bürgermeister Hertbert Schütt (SPD) aus Büdelsdorf/Kreis Rendsburg will eine rumänische Asylbewerbergruppe, die nach Presseberichten polizeilich des Diebstahls überführt ist, nicht wieder aufnehmen und somit kommenden Gesetzesvorschlägen vorgreifen: er wolle einen Präzedenzfall für Kriminelle schaffen, so die Begründung, die er sich wohl aus einer der DVU-Hetzschriften zur Landtagswahl abgeguckt hat. Eiskalt ist es ihm als sozialdemokratischem Amtsträger egal, wo diese Menschen im kommenden Winter nun leben werden. Der stadtbekannte Jungfaschist Frank Dreves bedankte sich dafür in einem Leserbrief in der Landeszeitung!

Der zweite Fall: Amtsvorsteher Schröder (CDU) von Fockbek/Kreis Rendsburg kürzt acht von 25 rumänischen Flüchtlingen die Sozialhilfe um 50%, weil diese ein Auto besitzen. Bei deutschen SozialhilfeempfängerInnen kaum möglich, soll hiermit ein Sonderstatus für Menschen geschaffen werden, die sich durch Gesetze dann sowieso nicht wehren können.

Es ist notwendig, gerade auch im kommunalen Bereich diese rassistischen Praktiken zu bekämpfen.

- (mit leichten Änderungen dem Artikel „Wer treibt wen nach rechts"/Antifaschistische Nachrichten 22/92 entnommen - az)

Rendsburger Antifaschist zu 7 Monaten verurteilt!

Der Rendsburger Antifaschist Matthias H. ist am 22.10. 92 zu einer Freiheitsstrafe von 7 Monaten ohne Bewährung vor dem Rendsburger Schöffengericht abgeurteilt worden.

Matthias wurde wegen gefährlicher gemeinschaftlicher Körperverletzung an einem Faschisten, sowie wegen Widerstand und Körperverletzung an einem Polzeibeamten angeklagt. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden!

Zum Hintergrund. Am 2. Oktober 1991 versammelte sich eine Horde von Neonazis vor dem Büdelsdorfer Jugendzentrum, um den Tag der „Deutschen Einheit" zu feiern. Sie feierten dort bei lauter Musik, Bier und unter Reichskriegsflaggen.

BürgerInnen baten an diesem Abend gegen den faschistischen Aufmarsch um Hilfe, unter ihnen befand sich auch Matthias.

Der PHK Schwark, der bei der Verhandlung als Zeuge geladen war, sprach hier von „übersensibilisierten" BürgerInnen.

Als Matthias mit anderen Menschen an dem Jugendzentrum erschien, waren dort Schreie zu hören. Daraufhin wollte Matthias zu Hilfe kommen. Es kam zu Auseinandersetzungen und der obengenannte Faschist trug dabei Prellungen davon. Unmittelbar danach wurde Matthias von zwei anwesenden Zivilpolizisten festgenommen, wobei er angeblich einem Polizeibeamten Widerstand entgegengesetzt und leicht verletzt haben soll. In seiner Aussage vor Gericht hat er seine Handlung nicht geleugnet und wies auf die politischen Hintergründe der Faschisten hin.

Die Staatsanwaltschaft forderte ein Urteil von 6 Monaten und zwei Wochen auf Bewährung, doch darauf ging die Richterin nicht ein und verurteilte Matthias zu 7 Monaten ohne Bewährung.

Jede politische Erklärung von Matthias wurde von ihr unterbrochen und als nicht zur Sache gehörend abgetan.

Allerdings erklärte sie ihre Begründung für das Urteil damit, daß ihr Urteilsspruch rein politische Gründe hatte.: „...Ich kann der Staatsanwaltschaft nicht folgen, die Strafe von Matthias auf Bewährung auszusetzen, aufgrund des politischen Fanatismus..."

Die „Gerechtigkeit" der deutschen Justiz ist deutlich sichtbar

„Böhse Onkelz"-Konzerte in Rendsburg

Anfang November stellte sich heraus, daß die Nazi-Kult-Gruppe „Böhse Onkelz" am 6. und 7. Dezember in Rendsburg zwei Konzerte geben sollen. Diese Gruppe ist seit zig Jahren, vor allem durch ihre 1982 erschienene Platte „Der nette Mann", auf der sich unter anderem ein Lied mit Titel „Türken raus!" befand, einschlägig bekannt. Der Besitzer der Discothek „Walhalla", König Schumacher, in der die Auftritte stattfinden, kann sich also schlecht damit herausreden, nicht gewußt zu haben „auf was er sich da einläßt". Aber mit Nazi-Kult-Musik läßt sich eben eine Menge Geld verdienen. Immerhin gab der Veranstalter an innerhalb weniger Tage, ohne wesentliche Werbung mindestens 700 Karten verkauft zu haben. Daraufhin vereinbarte er den zweiten Auftrittstermin. Auch danach hielt der Kartenverkauf rasant an. Mittlerweile sind sicherlich schon weit über tausend Karten verkauft. Daß die „Böhsen Onkelz" sich inzwischen als zum Guten „bekehrt" erklären und vorgeben sich bei ihren Konzerten gegen Gewalt auszusprechen, bedeutet nicht viel. Einerseits reichte ihr angeblicher Gesinnungswandel nicht einmal dazu aus, sich einen neuen, unbelasteten Namen zu geben. Andererseits haben sie bis heute keinerlei Hemmungen, ihre alten Platten - mit eindeutigen Texten - verkaufen zu lassen. Die angeblich inzwischen Gewaltfreien verdienen damit nach wie vor an ihren „Jugendsünden". Der plötzliche Trend hin zu einer sanfteren Gangart hat dann doch wohl eher etwas mit ihrem neuen Plattenvertrag zu tun. Dank diesem und dem allgemeinen Trend hin zur neuen deutschen Offenheit in Sachen faschistischer Gesinnung findet sich die neue „Onkelz" Platte schon unter den ersten 30 Platten der Verkaufs-Charts. Von der tatsächlichen Gesinnung der Gruppenmitglieder abgesehen sind die „Böhsen Onkelz" nach wie vor eine der Lieblingsgruppen von jungen, militanten Faschisten. Solche treffen sich bei den Konzerten der Gruppe zahlreich, um gemeinsam zu „feiern", sprich zu saufen

und Menschen anzugreifen und um das übrige Publikum zu agitieren. Das massenhafte Aufeinandertreffen organisierter und teilorganisierter Nazis mit jugendlichem Publikum, welches im allgemeinen rassistischen Trend schwimmt, aber noch kein faschistisches Weltbild hat, macht solche Konzerte zum idealen Propagandafeld für Nazi-Organisationen.

Aus diesem Grund entstand in Rendsburg kurz nach Bekanntwerden der Konzerttermine ein breites Bündnis dagegen. Von Sozialdemokraten, SchülersprecherInnen bis hin zur Rendsburger Antifa war alles vertreten. Dabei entstand die Idee ein „Aktionswochenende“ zu veranstalten, um den Widerstand gegen militante Faschisten für dieses Wochenende zu organisieren. Schon kurze Zeit später wurde dieses Konzept jedoch in Frage gestellt. Ein kleiner Kreis von Machern organisierte zusammen mit der Stadt Rendsburg ein „Rock gegen Rechts“, welches am 6. Dezember im Hohen Arsenal in Rendsburg stattfindet. Dieses Konzept wurde ohne Absprache mit anderen Gruppen durchgesetzt. Von dem Konzert, das bis 23 Uhr dauern soll, sollen die BesucherInnen mit Bussen aus dem Stadtzentrum nach Hause gebracht werden. Da das Hohe Arsenal, die Teestube sowie das Walhalla nur wenige Minuten von einander entfernt sind, soll auf diese Weise die Innenstadt frei von „normalen“ Jugendlichen gehalten werden. Warum dies beabsichtigt wird, zeigte sich in der Berichterstattung der Rendsburger Landeszeitung dieser Tage. Anstatt Stimmung zu machen, gegen Rassismus und faschistische Angriffe, hetzte sie gegen AntifaschistInnen. Minutiös wurden neben den Angriffen auf Flüchtlinge und andere die „Gewalttaten“ der „Linken“ aufgeführt. Während jedoch die Nazis als kleine Kinder dargestellt wurden, die sich in dieser harten Welt nicht zurecht finden, sah die Darstellung der „Linken“ ganz anders aus: Ideologisch verbohrt und stets gewaltbereit. Ein Skandalurteil einer Rendsburger Richterin gegen einen Antifaschisten, den sie wegen einer Auseinandersetzung mit Faschisten zu 7 Monaten ohne Bewährung verurteilt hatte, wurde als richtungsweisend dargestellt. In einem veröffentlichten Gespräch durfte der Rendsburger Kripochef Jürgen Sievers darlegen, man müsse jetzt solche Personen festnehmen, verurteilen und einsperren. Gemeint waren, soweit war der Gesamtkontext eindeutig, junge Türken und AntifaschistInnen.

Seine Gesprächspartner der Pädagoge und Leiter eines Rendsburger Jugendtreffs Ullmann, der Polizeirat Joachim Gutt sowie der Bürgervorsteher Uwe Meise konnten ihm da wohl folgen. Auch ihnen scheinen die AntifaschistInnen und sich organisierenden türkischen Jugendlichen ein größerer Dorn im Auge zu sein, als die Nazi-Skins. Diese jedenfalls haben in den vier Gesprächspartnern schon jetzt bemühte Gönner gefunden. Ein Haus soll her, damit die armen Skins endlich eine Bleibe haben... .

Aufgrund dieser Stimmungsmache und der Geschehnisse der letzten Monate kamen die Rendsburger AntifaschistInnen zu der Einschätzung, den Verantwortlichen, vor allem der Polizei, sei gerade daran gelegen, zum „Böhse Onkelz“-Konzert, aufgrund von Auseinandersetzungen mit Nazis, gegen sie und eventuell auch gegen die Teestube, als Kommunikationszentrum vorzugehen. Auf weiteren, auch überregionalen Bündnistreffen wurde daher das „Aktionswochenende“ in einer defensiven Variante weiterentwickelt. Gegenüber den „Rock gegen Rechts“-Veranstaltern konnte durchgesetzt werden, daß dort ein Videofilm gezeigt und ein Informationstisch betrieben werden kann. Ansonsten ist für das gesamte Wochenende Programm geplant. Angriffen von Nazi-Skins soll, soweit möglich, gemeinsam mit den „Rock gegen Rechts“-Besuchern begegnet werden.

Ob dieses Konzept Erfolgreich sein wird hängt davon ab, wie stark sich die Bevölkerung Rendsburgs, vor allem Jugendliche, an den Veranstaltungen und Demonstrationen beteiligen. Die Kampagne gegen die Antifa Rendsburg soll dies verhindern. Allerdings bleibt zu hoffen, daß die abgestandenen Argumente der Initiatoren langsam nicht mehr greifen. Zu viele Menschen, vor allem jüngere, erleben den Nazi-Terror mittlerweile alltäglich, um noch länger an das plumpe Links gleich Rechts zu glauben. Zu viele Menschen erleben seit Monaten, wie sich PolitikerInnen mit Scheinargumenten aus der eigenen Verantwortung hinausstehlen. Bleibt zu hoffen, daß sie auch die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

Spendenkonto für das Aktionswochenende "gegen das Böhse Onkelz Konzert:
Kontonr. 730 467 14
BLZ 214 300 70
Vereins- und Westbank Rendsburg

Im Folgenden dokumentieren wir einen offenen Brief des Bündnisses gegen Rassismus und Abschiebubg Kiel an den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Bull. Wie die Zeitungen am 28. 11. meldeten haben die Verantwortlichen in anderen Städten nicht dieselben Schwierigkeiten "Böhse Onkelz"-Konzerte zu verbieten. So wurden zwei solche Konzerte am 15. und 16. Dezember in Darmstadt verboten.

Kiel, den 28.11.92

Offener Brief an den
Innenminister des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Bull

Sehr geehrter Herr Bull!

Mit großer Besorgnis haben wir zur Kenntnis genommen, daß am 6.12.92 und am 7.12.92 die Skinhead-Musikgruppe „Böhse Onkelz" in der Rendsburger Discothek „Walhalla" auftreten soll. Wie der „Landeszeitung" zu entnehmen war, wurden bereits über 1.000 Eintrittskarten für die Konzerte verkauft.

Die „Böhsen Onkelz" sind in der Vergangenheit immer wieder durch ihre offen rassistischen und neonazistischen Liedertexte aufgefallen und haben sich zu einer Kultband neonazistisch beeinflußter Jugendlicher entwickelt. Seriöse Konzertveranstalter und Schallplattenläden boykottieren deswegen diese Band. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften hat ihre LP „Der nette Mann" 1986 auf den Index gesetzt.

Mit großer Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, daß die Konzerte von organisierten Neonazis zum Anlaß genommen werden, öffentlich aufzutreten und neue Symphatisanten unter den KonzertbesucherInnen zu werben. Aus diesem Grund und aufgrund befürchteter gewalttätiger Ausschreitungen wurden kürzlich in Darmstadt zwei Konzerte der Gruppe verboten (siehe FR, 28.11.92).

Nach den wortlos machenden Mordanschlägen in Mölln befürchten wir gemeinsam mit vielen Menschen in Rendsburg und Umgebung, daß es an diesem Wochenende zu gewalttätigen Überfällen von Neonazis kommt, für die die Konzerte Anlaß und Ausgangspunkt sein könnten.

In den letzten zwei Jahren hat sich die Anzahl neonazistischer Aktivitäten auch in Rendsburg vervielfacht, wiederholt kam es zu Überfällen neonazistischer Skinheads auf Flüchtlingsunterkünfte, antifaschistische Jugendliche und fortschrittliche Einrichtungen, wie der „Teestube", die nur unweit des Konzertveranstaltungsortes liegt. Ein weiteres Alarmsignal ist für uns die Tatsache, daß die „Teestube" in Rendsburg auf in Berlin verteilten Flugblättern der „Nationalen Alternative" als Angriffsziel genannt wurde. Nicht auszuschließen ist, daß auch auswärtige organisierte Neonazis an diesem Wochenende ihren Worten Taten folgen lassen wollen.

Die Erfahrung der letzten Wochen und Monate hat gezeigt, daß die Polizei selbst Anschläge und Überfälle der überschaubaren und persönlich identifizierbaren Rendsburger Neonazi-Szene nicht verhindern konnte; wenn jetzt aus Anlaß der Konzerte möglicherweise mehrere Hundert Neonazis und symphatisierende Jugendliche ihr Unwesen treiben werden, rufen wir alle Mitbürger und Mitbürgerinnen Rendsburgs dazu auf, sich an den antifaschistischen Aktivitäten an diesem Wochenende zu beteiligen und den Schutz unserer ausländischen Mitmenschen zu organisieren. Uns Antifaschisten ist nicht an Konfrontationen mit den zu erwartenden Faschisten gelegen. Wir sehen uns aber gezwungen, im Falle des Nicht-Einschreitens der Polizei die Notwehr und die Hilfeleistung für Opfer faschistischer Gewalt und entsprechend bedrohte Einrichtungen in Rendsburg zu organisieren. Wir fordern Sie auf, dafür Sorge zu tragen, daß nicht - wie so oft - die Antifaschisten, die solche Absichten haben, sondern sämtliche Nazi-Skinheads und Neonazis, von denen Gewalthandlungen ausgehen, festgenommen werden.

Aus den genannten Gründen sehen wir uns außerdem dazu veranlaßt, Sie dazu aufzufordern, ein Veranstaltungsverbot für die „Böse Onkels"-Konzerte auszusprechen, da andernfalls niemand für die Sicherheit v.a. von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern garantieren kann.

mit freundlichen Grüßen
für das Bündnis gegen Rassismus und Abschiebung

Leserbrief:

Zu dem Artikel „Nationalrevolutionäre Annäherungversuche" in Atze Nr. 16, Seite 45 f

Liebe Leute!

Es ist ja ein ehrenwertes Unterfangen, rechte Einflüsse in linken Kreisen aufzuzeigen und zu bekämpfen. Stutzig macht mich aber der Anfang des Artikels, in dem es heißt: „Dabei ist auffällig, daß sie (die Nationalrevolutionäre, d.V.) sich auch anarchistische Theorieversatzstücke aneignen und sich auszugsweise auch auf Theoretiker wie Bakunin, Stirner, Proudhon und vor allem G. Sorel beziehen. Diese scheinbare Nähe zu anarchistischen Positionen..."

Zweifellos ist hier der Franzose Georges Sorel (1847-1922) gemeint, der zeitweise ein Verfechter des revolutionären Syndikalismus war.

In diesem Zusammenhang ist es aber für mich entscheidender, daß G. Sorel zum ideologischen Wegbereiter des Faschismus gehörte!!

Er wurde Sympathisant der französichen „Action francaise", die sich zur geistig bedeutendsten Gruppe der extremen Rechten in Frankreich entwickelte (sie wurde 1936 verboten und unterstützte ab 1940 Petain). Nach dem 1. Weltkrieg trat Sorel sowohl für die Oktoberrevolution als auch für den italienischen Faschismus Mussolinis ein, da ihm beide gleichermaßen geeignet schienen, die europäische Dekadenz zu überwinden. Schon 1975 fanden die Thesen von Sorel Eingang bei der rechten Ideologiefabrik „Siemens-Stiftung", wo sie (zustimmend) u.a. so beschrieben werden: Genaugesehen sei die Demokratie nach Sorels Ansicht diejenige Staatsform, die den Verfallsprozeß einer Kultur beschleunigt, die auch wegen ihres Gleichheitsprinzips abzulehnen sei. Das führe zur Dekadenz, - da herrsche nicht Elite, sondern Mittelmäßigkeit etc.

Sorel gibt heute eine geistige Basis für die „Nouvelle Droite" um Alain de Benoist ab. In der von diesem herausgegebenen Zeitschrift „Krisis" (Nr. 6/90) findet sich z.B. der Aufsatz „Mythes sociaux et revolution" von Sorel. Auch das neofaschistische deutsche „Thule-Seminar" empfiehlt Sorel zur Lektüre.

Vielleicht hat die Offenheit einiger Leute genenüber nationalrevolutionären Thesen ja auch etwas mit der Person Sorel und seiner politischen Entwicklung zu tun. Ihn bei der Behandlung eines solchen Themas umstandslos in die Reihen anarchistischer Theoretiker einzureihen, ist allerdings schon ein starkes Stück!

Mit freundlichen Grüßen

Name der Red. bekannt

Den folgenden Artikel erhielten wir von einem Mitarbeiter der INTEG. Die INTEG ist der Jugendverband des Reichsbundes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e.V..Sie setzten sich ein, für soziale Gerechtigkeit in einer solidarischen Gesellschaft. So bemühen sich seit Jahren INTEG-Mitglieder um die Durchsetzung eines Antidiskriminierungsgesetzes. In den letzten Monaten haben faschistische Angriffe und Diskriminierungen gegenüber Behinderten in erschreckendem Maße zugenommen. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit einer stärker werdenden "öffentlichen" Diskriminierung. So entschied vor kurzem ein Flensburger Richter, daß bei Urlaubsreisen eine gemeinsame Benutzung von Speisezimmern mit Behinderten für Nichtbehinderten "nicht zumutbar" sei. ***atze***

Wem das Flensburger Urteil keine schlaflosen Nächte beschert hat, dem möchte ich hier weiterhin eine gute Nacht wünschen. In ihrem Interesse hoffe ich, daß sich ihre Träume nicht in Alpträume verwandeln. Denn der Rechtsruck in Politik und Gesellschaft nimmt bedrohliche Formen an!

Erst brennen die Asylunterkünfte, und dann......?

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands können die Politiker es nicht mehr totschweigen und herunterspielen, der Rechtsradikalismus wächst und gedeiht. In Zeiten, in denen Waffenlager sogenannter Wehrsport-Gruppen ausgehoben werden, bekomme ich eine Gänsehaut, wenn Politiker mir erzählen wollen, die Rechtsradikalen hätten sich ja noch nicht organisiert. Vielleicht noch nicht, aber lange wird dies auch nicht auf sich warten lassen. Anstatt zu handeln, sitzen unsere Politiker in Bonn, „bedauern" die Zwischenfälle, schreien nach schärferen Gesetzen, oder sitzen einfach aus. Solange ist es nicht her, da wurde sich überschlagen, um dem Linksradikalismus den Garaus zu machen; alles „Linke", ob es nun terroristisch war oder nicht, wurde erstmal mit Argusaugen beobachtet und bekämpft.

Heute brennen Asylunterkünfte und die Häuser unserer ausländischen Mitbürger, und da nicht nur mehr im sogenannten „Osten" (wie z. B. in Rostock), sondern auch vor „unserer Haustür", hier in Schleswig-Holstein, wie der grausame Anschlag in Mölln bewiesen hat. Und hier schaltet sich nun doch erstmalig die Bundesanwaltschaft ein, nicht etwa, weil bei diesem Brandanschlag 3 Menschen ihr Leben lassen mussten, sondern weil die Attentäter bei einem Anruf bei der Polizeistation ein „Heil Hitler" von sich gegeben hatten: „...die Übernahme des Verfahrens durch die Zuständigkeit des Generalbundesanwaltes erfolgte wegen der besonderen Bedeutung des Falles, und weil die Tat nach den Umständen bestimmt und geeignet war, die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen, sowie Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, ausser Geltung zu setzen oder zu untergraben...". Zum Anruf bei der Polizeistation: „...das deutet darauf hin, daß die Täter mit ihrer Straftat die Wiedererrichtung einer nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland...zu einer Wiedererrichtung einer solchen beitragen wollten." Ach so, der Staat ist in Gefahr, der muß natürlich mit allen nur erdenklichen Mitteln geschützt werden! Und wer schützt unsere ausländischen Mitbürger? Ich frage mich, ob sich die Staatsanwaltschaft auch eingeschaltet hätte, wäre gegen Ende dieser Telefonanrufe nicht dieses „Heil Hitler!" gefallen. Dann wäre dieser Vorfall wahrscheinlich genauso unbeachtet geblieben, wie all die anderen Überfälle und Morde an Ausländern, bei denen kein Zusammenhang zwischen den Opfern, der Tat und der politischen (sprich nationalsozialistischen) Einstellung erkannt werden konnte (oder wollte?). Dies ist nur eins von vielen Beispielen der eskalierenden Gewalt gegen „Andersartige" und der Reaktion unserer Regierung und Gesetzgebung, weitere Beispiele würden den Rahmen sprengen.

Was hat das mit dem Flensburger Urteil oder Behinderten zu tun?, wird sich mancher fragen.

Nicht nur die Angriffe auf unsere ausländischen Mitbürger nehmen zu, es finden auch vermehrt Gewalttaten gegen körperlich und geistig behinderte Menschen statt. Die Berichte in den Medien über solche Vorfälle häufen sich in letzter Zeit geradezu. Kein Zweifel: die Gewaltbereitschaft gegenüber allem, das „anders" und nicht „normal" ist, nimmt zu, die Hemmschwelle zur Gewalt hingegen ab. Gefährlich dabei sind allerdings nicht nur die Skinheads und Rechtsradikalen mit ihrer deutlich sichtbaren Aggression und Gewalt, sondern auch die „kleinen" unscheinbareren Dinge, die oft von den Brandanschlägen und Überfällen überschattet werden, tatsächlich aber den Nährboden für die wachsende Rechtsradikalität darstellen.

Da wäre zum einen das Flensburger Urteil, welches einer Familie 10% Reisekostenermäßigung zusprach, da sie

zusammen mit Behinderten in einem Raum speisen musste und dies Ekel verursache. Hier werden behinderte Mitmenschen zusammen mit Baulärm, Ungeziefer, etc. auf eine Stufe gestellt. Reiseveranstalter werden es sich künftig überlegen behinderte Reisende aufzunehmen, ist das Risiko doch groß, daß sogenannte „normale" Reisende, zwechs Aufbesserung der Reisekasse, bei Anblick eines Behinderten 10% Ermäßigung einklagen. Das ließe sich bestimmt auch auf Kino, Theater, Restaurants prima anwenden. Daß Behinderte als Menschen nicht für „voll genommen" werden ist nicht neu, aber hier werden Menschen zum Reisemangel degradiert.

Schlimm genug, daß Behinderte durch Gerichtsbeschluß zu Menschen 2. Klasse gestempelt werden, noch schlimmer, daß der Bürgerbeauftrafte für Behinderte des Landes Schleswig-Holstein öffentlich erklärt, er könne dieses Urteil verstehen.

Der Bürgerbeauftragte für Behinderte Eugen Glombig

Hiermit hat Herr Glombig nicht wieder gutzumachenden Schaden angerichtet. Durch seine Erklärung als Bürgerbeauftragter ist er genau denen in den Rükken gefallen, für die er kämpfen und eintreten sollte. Vielmehr hat er „Otto Normalverbrauchers" Vorstellung vom Behinderten als minderwertigeren Menschen gefestigt. Wenn selbst ein Behindertenbeauftragter in der Zeitung erklärt, er selbst könne dies Urteil verstehen, da er selbst als Kind in einem „Krüppelheim" lebte, braucht man/frau sich ja seines eigenen Ekels nicht mehr schämen.

Erschreckenderweise sind auch die Themen Sterbehilfe und Euthanasie wieder aktuell. Es darf schon wieder in aller Öffentlichkeit über die Nützlichkeit des Menschen, sprich: Ist das Leben eines Behinderten überhaupt bebenswert (Kostenfrage!)?, „philosophiert" werden. Vielleicht sollten diese Herrschaften den behinderten Menschen das Recht zur Entscheidung darüber überlassen, ob sie ihr Leben lebenswert finden oder nicht!

Aber auch unter den Behinderten selbst gibt es die Tradition der „sozialen Rangordnung". Als prominentes Beispiel hierfür muß wieder mal Eugen Glombig, der Bürgerbeauftragte für Behinderte des Landes Schleswig-Holstein genannt werden. Mit seinem Verständnis für das Flensburger Urteil, und somit für die angeekelten „Normalen", stellt er sich eine Stufe über die reisenden Behinderten (wäre dies nicht so müsste er Verständnis für die behinderten Reisenden zeigen), unterstützt Eugen Glombig (übrigends selbst behindert) eine Aufteilung von Behinderten in zwei Klassen.

Auch unter Behinderten läßt sich die berühmte Hackordnung ausmachen: Leicht Gehbehinderte grenzen die schwer körperbehinderten Menschen aus, die Schwerbehinderten grenzen die geistig Behinderten aus, usw... Behinderte sind halt Menschen wie alle, wie dieses diesmal leider negative Beispiel beweist.

Den besten Nährboden für den Rechtsradikalismus bietet jedoch das Schweigen. Wer vor den Überfällen und Anschlägen die Augen schließt, stimmt zu. Wer schweigt, wenn Behinderte mit „Unter Hitler wärest Du vergast worden!" angeschnauzt werden, schnauzt mit. Passanten, die betreten zur Seite schauen und vorbeigehen, als wäre nichts geschehen, wenn auf Behinderte auf offener Straße eingeschlagen und -getreten wird, treten mit. Menschen, die einer sogenannten „Minderheit" angehören, und nicht für Ihre Rechte und die ihrer Mitmenschen eintreten, die sich nicht öffentlich gegen den Rechtsradikalismus aussprechen und wehren, geben den Rechten und Neo-Nazis grünes Licht.

Wenn Du jetzt noch glaubst, dies alles gehe dich nichts an, du gehörst ja keiner „Randgruppe" an, bist nicht Ausländer, behindert oder schwul, irrst du dich! Heute sind es noch die Anderen, die „anders" sind, morgen schon bist du derjenige, der „anders" ist.

Für die INTEG M.H.



Meldungen

DRK inseriert bei Ultrarechten

Wegen einer Anzeige in der neofaschistischen Deutschen National-Zeitung des Münchner Verlegers und Vorsitzenden der DVU, Gerhard Frey, ist es zu einem Streit zwischen Beschäftigten des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Essen und der Bonner Zentrale des DRK gekommen. Während DRK-Sprecher Rolf Herzbach die Rücknahme der Anzeigen ablehnte, bekräftigten der Betriebsrat und die Gewerkschaft ÖTV ihre Forderung nach einer Distanzierung. Das DRK unterstütze sonst „indirekt die rechtsradikale Propaganda und Hetze".

Bei einer DRK-Werbeaktion für Blutspenden war die kostenlose Anzeige auch in der rechtsextremistischen Zeitung erschienen. Über 200 Mitarbeiter forderten daraufhin Präsidium und DRK-Generalsekretariat auf, die Anzeige zurückzuziehen, da sich der internationale Charakter des Roten Kreuzes nicht mit einem Inserat in der National-Zeitung vereinbaren lasse. Der Bonner DRK-Sprecher hält die Anzeige dagegen für legitim. „Es geht nicht an, daß wir Menschen aus einem extremen politischen Spektrum von der Möglichkeit, Blut zu spenden, ausschließen", sagte Herzbach.

Partei „Deutsche Mitte" gegründet

Mitte Oktober wurde in Berlin die Partei „Deutsche Mitte" (DM) gegründet. Sogleich kündigte sie ihre Teilnahme an den Bundestagswahlen 1994 sowie an Landtags- und den Kommunalwahlen 1994 in Schleswig-Holstein an. Folgt man ihrem Gründungsaufruf, so richtet sich die Partei vor allem an „Nicht- Protest- und Wechselwähler". Neben populistischen Forderungen nach drastischer Verringerung der Staatsschulden und einem Abbau der Bürokratie finden sich dort Rufe nach dem starken Staat und Hetze gegen Flüchtlinge („heute überfluten zu hunderttausende Wirtschaftsasylanten unser Land"). In einem Faltblatt mit dem Titel „Die Lösung" wird gefordert: „Wirtschaftsasylanten sind in Prüfungsverfahren an der Grenze zu erkennen und umgehend abzuschieben. Straffällig gewordene Asylanten sind sofort abzuschieben. Leistungen an Asylanten haben ausschließlich in „Sachmitteln" zu erfolgen. Keine Geldleistung! Zur Überprüfung sind Fingerabdrücke aller Asylbewerber zu nehmen."

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung in Pinneberg betonte Wood, daß mit diesem Programm auch „bisherigen rechten Protestwählern eine neue politische Heimat" geboten werden soll.

Da kommt es gerade recht, daß sich auch der Ostdeutsche Bund, im Frühsommer 1992 für das Gebiet Mecklenburg-Vorpommern gegründet, in die DM einbringen will. Sein Vorsitzender, Detlef Dietzsch (Rostock), ist ebenfalls im DM- Vorstand vertreten. Nach den rassistischen Mordbrennernächten in Rostock veröffentlichte der Ostdeutsche Bund (OB) ein Flugblatt mit dem Titel „Bürger von Rostock wehrt euch!", in dem er um Verständnis für diese Verbrechen warb und zur Mitarbeit im OB aufrief.

Im Rahmen einer „bundesweiten Umtauschaktion" bietet die Partei unter Vorsitz von Martin Wood (Pinneberg) die Entgegennahme von Mitgliedsbüchern anderer Parteien gegen ein neues der DM an.

"Kiel ahoi!" - neues Anzeigenblatt mit rassistischer Hetze

Gerade mal mit der zweiten Ausgabe ist am 21. November ein neues Anzeigenblatt erschienen: "Kiel ahoi!" Und schon findet sich in dem ohnehin sehr kleinen redaktionellen Teil ein nahezu halbseitiger Artikel, der gegen angebliche Scheinehen von Flüchtlingen zu Felde zieht. Unter Berufung auf eine „Autorität", den Leiter des Rendsburger Standesamtes Hartmut Przetak, wird die Behauptung breitgetreten, Flüchtlinge würden in großem Stil gegen Zahlung von mehreren tausend Mark deutsche Ehepartnerinnen „kaufen", um nach Ausschöpfung aller anderen rechtlichen Möglichkeiten nicht abgeschoben zu werden. Aufmachung und Stil des Artikels lassen jedes Verständnis für die Situation von Flüchtlingen in Deutschland vermissen.

REP-Veranstaltung verhindert

Zu einem „politischen Frühschoppen" in das „Mönkeberger Fährhaus" hatten die REP am Sonntag, dem 11. Oktober, gerufen. In einer Zeitungsannonce wurde der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Hüttl als Redner zum Thema „Soziale Revolution" angekündigt. Dank der Besetzung der Veranstaltungsräume durch Kieler AntifaschistInnen konnte die Veranstaltung nicht wie vorgesehen stattfinden. Vereinzelt auftauchende REP-Sympathisanten zogen wieder ab, unter ihnen auch der Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Heimatverbandes, von Leesen (vgl. Artikel in diesem Heft). Interesse bekundete auch der Kieler Polizeichef Röper, der sich in Zivil im Restaurant aufhielt, das außerhalb seines Dienstkreises liegt. Röper war dadurch in die Schlagzeilen geraten, daß er bei einer Einsatzbesprechung zur Räumung eines besetzten Hauses in Kiel die ihm unterstellten Beamten zu brutalem Vorgehen angestachelt hatte. Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hatte ihn deshalb versetzt; diese Entscheidung hatte jedoch im folgenden Rechtsstreit keinen Bestand.

Großdemo in Flensburg

Mehrere tausend DemonstrantInnen beteiligten sich am 9. November 1992 in der Fördestadt an zwei Umzügen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Wie auch andernorts organisierten DGB, bürgerliche Parteien und Kirchen an bereits existierenden und bekannten Demonstrationsvorbereitungen vorbei eine eigene Kundgebung. In einer Presseerklärung des „Flensburger Plenum gegen Rassismus und Neofaschismus" vom 4.11.92 heißt es dazu u.a.: „Es stellt sich die Frage, warum die Parteien, der DGB und der evangelische Kirchenkreis sich nicht an der bereits bekannten Demonstration am 9. November beteiligen und anstelle dessen kurz zuvor eine eigene Veranstaltung vorschieben. Das Flensburger Plenum gegen Rassismus und Neofaschismus ist zwar der Ansicht, daß das Thema Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gar nicht oft genug öffentlich angeprangert werden kann, stellt jedoch bei der näheren Betrachtung des Aufrufes zum 9. November folgenden Unterschied heraus:

Da die Parteien SPD, CDU und FDP mit zu den Veranstaltern gehören, ist auf die Forderung des Aufrufs vom 9. November, der sich gegen die Veränderung des Grundgesetzes wendet und das Menschenrecht auf Asyl in vollem Umfang erhalten will, verzichtet worden. Jedoch wurde nicht zuletzt durch die Diskussion um die Änderung des Grundgesetzes zum Asylrecht der Ausländerfeindlichkeit Vorschub geleistet und den Neofaschisten Entgegenkommen gezeigt."

AVANTI-Workshop zur „Neuen Rechten"

Ein von der Kieler Ortsgruppe von AVANTI-Projekt Undogmatische Linke Mitte November 1992 durchgeführter Workshop zum Thema „Neue Rechte" stieß bei den Teilnehmenden auf großes Interesse. Bei der über zwei Tage stattfindenden Veranstaltung stand am ersten Tag zunächst ein einleitender Vortrag über Geschichte und Selbstverständnis der „Neuen Rechten" im Mittelpunkt. Das rassistische Konzept eines Ethnopluralismus (= weltweite Apartheid) und das Frauenbild der „Neuen Rechten" wurden anhand von Texten analysiert und in ihrer Wirkungsweise untersucht. Dabei wurde die Taktik der „Neuen Rechten", durch das Besetzen von politischen Themen und die Änderung von Wortbedeutungen, Einfluß zu gewinnen deutlich. Dies gilt z.B. für den Versuch, die feministischen Emanzipationsbestrebungen als sexistisch zu denunzieren, mit einem Begriff also, dem ein weitgehend negatives Image anhaftet. Für 1993 wurde eine Fortsetzung des Workshops ins Auge gefasst. InteressentInnen können sich wenden an: AVANTI c/o Schweffelstraße 6, 2300 Kiel 1.

NPD-Landesparteitag in Rostock verboten

Ein für den 22. November geplanter Landesparteitag für Mecklenburg-Vorpommern im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen wurde von Innensenator Peter Magdanz (SPD) verboten. Das Verbot erfolgte auf der Grundlage des Feiertagsgesetzes. Einmal mehr drückten sich hier Verantwortliche um eine politische Auseinandersetzung mit Neofaschisten. Dies kritisierte so auch die Rostocker IG Metall. Magdanz betonte daraufhin, die NPD sei schließlich eine verfassungskonforme Partei und habe als solche auch das Recht auf Veranstaltungen.

Meldungen

Aldi-Filialen nehmen keine Wertgutscheine mehr an

Auf Anfrage bestätigte ein Mitarbeiter der Aldi-Filialkette Kerpen, daß einige Filialen vom 1. Dezember an keine Wertgutscheine mehr annehmen, wie sie von Sozialämtern an Asylbewerber ausgegeben werden. Die meisten Asylbewerber sind allerdings wegen des ohnehin zu knappen Satzes, den sie von Sozialämtern zu einem großen Teil in Form dieser Gutscheine erhalten, auf die Einkaufsmöglichkeit bei dem Billig-Discounter angewiesen. Die Maßnahme der Aldi-Kette habe "in keinster Weise" etwas damit zu tun, daß Aldi etwa keine Asylbewerber in seinen Geschäften haben wolle. Ein SPD-Bundestagsabgeordneter forderte nun die Bundesregierung auf, auf Aldi Druck zu machen die Entscheidung zu revidieren.

Sechzehnjähriger Skin in Kiel wegen Mordes angeklagt

Gegen einen sechzehnjährigen Kieler Skin, der Anfang September diesen Jahres zwei Molotow-Cocktails in eine Wohnung geworfen haben soll, hat die Kieler Staatsanwaltschaft Anklage wegen versuchten Mordes erhoben. Der Anschlag hatte türkischen Familien gegolten, die in dem Haus wohnen. Allerdings hatten die Täter die Brandbomben in das falsche Fenster geworfen. Eine vierundsechzig-jährige Frau konnte unverletzt über den Balkon entkommen.

Kieler Polizist wegen faschistischen Attacken vom Dienst suspendiert

Ein Kieler Polizist wurde aufgrund der Aussagen eines Kollegen vom Dienst suspendiert. Wie das Innenministerium verlautbaren ließ, wurden disziplinarische Maßnahmen eingeleitet. Der Beamte soll in der Nacht auf den 3. Oktober einen estnischen Staatsangehörigen geschlagen, getreten, bedroht und mit faschistischen Äußerungen beschimpft haben. Der Este war wegen illegalen Aufenthaltes in der BRD festgenommen worden. In der Wache sei er von dem Beamten zunächst geschlagen und getreten worden. Dann habe dieser ihm eine Pistole an die Schläfe gehalten. Dazu hätte der Polizist gerufen "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus. Wir Polizisten sind alle Faschisten. Das sollst du dir merken".

Daß dieser Fall von Polizei-Folter überhaupt bekannt wurde und jetzt vieleicht Folgen hat, ist einem Beamten zu verdanken, der in der selben Nacht Dienst hatte und über den Vorfall einen Bericht abgeliefert hatte. Ob der nun suspendierte Beamte auch strafrechtlich für sein Verhalten einzustehen hat, bleibt abzuwarten.

Polizisten verurteilt

Zwei Polizisten wurden nun vom Amtsgericht München zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten und einer Geldstrafe von neunzig Tagessätzen zu je fünfzig Mark verurteilt. Martin F., 25 jahre alt und inzwischen "freiwillig" aus dem Polizeidienst ausgeschieden, hatte einem indischen Gastwirt seine Dienstpistole an den Kopf gehalten und den Hahn drei mal klicken lassen. Sein Kollege Joachim F. hatte ihn dabei unterstützt. Nachdem die beiden ihr Opfer ohne Anlaß geschlagen und festgenommen hatten fanden sie bei einer Personalienüberprüfung auf der Polizeiwache keinen Grund, ihn länger festzuhalten. Daraufhin setzten sie ihn im Norden Münchens aus und bedrohten ihn wie beschrieben mit der Pistole.

Muslimische Gräber im Oberelsaß geschändet

Die Gräber von 58 muslimischen französischen Soldaten auf einem Militärfriedhof in Mulhouse wurden im Vorfeld einer Gedenkfeier zur Befreiung der Stadt von der deutschen Besatzung verwüstet..



Große Anfrage der DVU

Neues vom „Zählappell"

Faschistische Hetze auf parlamentarischem Wege betreibt die DVU im schleswig-holsteinischen Landtag durch etliche Anfragen und Anträge. Wie man an der Entschließung des Landtags zum Asylrecht sehen kann (siehe letzte Ausgabe), doch manchmal erfolgreich. Inhalt der Anträge zur Asylpolitik: Aufforderungen zur schnelleren Abschiebung und Diffamierung von ROMA-Flüchtlingen (Drucksache 13/213 vom 10.8.92), zur Abschaffung der Sozialhilfe in bar (allerdings zeitlich nach Sozialminister Jansens Vorstoß, Drucksache 13/347 vom 22.9.92) und einen Antrag zur Abwehr von Seuchengefahren (Zwangsuntersuchungen von Asylbewerbern) zwecks Aufrechterhaltung der Volksgesundheit (Drucksache 13/435). Die Antwort der Landesregierung vom 11.9.92 (Drucksache 13/334) auf die Große Anfrage der DVU zum im Frühjahr stattgefundenen „Zählappell" dürfte jedoch nicht zu ihrer Zufriedenheit ausgefallen sein: Nach allen Prüfungen, die bis jetzt (6 Monate) stattgefunden haben, hat die Überprüfung in bisher zwei ! ! ! Fällen (von 11.090, die Red.) zu Strafanzeigen geführt". Dennoch haben die Landesregierung und ihre offizielle Presse es nicht für nötig gehalten, eine Korrektur der ersten Zahlen zu veröffentlichen. Auch in Aachen z.B., wo von 4142 Asylbewerbern 16 (0,39%) Doppelbezieher festgestellt wurden, geistern immer noch falsche Zahlen herum und jeder, dem es in die Linie paßt (z.B. ein Autor des Juso Organs "Roten Küste" Nr. 9/92) hantiert dann damit. Es scheint System hinter dem Schweigen zu stecken: trotz dieser Zahlen schreibt Jansen in der gleichen Antwort: „Zu gegebener Zeit wird geprüft, ob eine weitere Zählaktion in Schleswig-Holstein sinnvoll erscheint" und verweist auf seine eigene Anregung, eine bundesweite Zählaktion durchzuführen.

Es ist sinnvoll, eine öffentliche Korrektur der Zahlen in der Presse zu verlangen und frühzeitig einen neuerlichen Zählappell verhindern zu versuchen. *(dam, aus: grenzenlos, Info des Kieler Bündnisses gegen Rassismus und Abschiebung, vom 14. 11. 1992)*

ENTFERNTE VERBINDUNGEN

- und andere Berichte von Frauenveranstaltungen

Seit der letzten ATZE Nr.16 liefen einige interessante Frauenveranstaltungen in Kiel, von denen wir einige hier vorstellen wollen. Besonders herausgestellt sei die Veranstaltungsreihe„Entfernte Verbindungen“ mit der die Veranstalterinnen den offiziellen Jubelfeiern zur „Entdeckung“Amerikas 1492 eine feministische Perspektive entgegenhalten wollen .

FRAUEN UND KOLONIALISATION IN LATEINAMERIKA

Im ersten Teil des Vortrages stellte die Referentin Malena Caso (Argentinien) zwei unterschiedliche Ansätze der lateinamerikanischen Frauenforschung zum Thema dar. Der erste Ansatz sieht die Stellung der Frau vor der Eroberung als dem Manne gleichgestellt an. Frauen wurden als Heilerinnen, Naturkundlerinnen und Mütter verehrt. Sie sprechen von einer matrilinearen Vererbung und von einem Matriarchat, das dem Machismo mit der Eroberung weichen mußte. Zu diesem Ansatz merkte die Referentin kritisch an, daß die bekannte Vererbungsform nur vorsah, ein Erbe an die Söhne der Schwester des Verstorbenen zu vermachen.

Bemerkenswert ist, daß die Vertreterinnen dieses Ansatzes sich nicht als Feministinnen bezeichnen, sondern den Feminismus als eine Form des Imperialismus ablehnen .

Der zweite Ansatz sieht mit der Eroberung nur eine Ersetzung des Patriarchats in einer anderen Form gegeben. Die Stellung der Frau sei bereits klar als untergeordnet definiert gewesen, ebenso seien die Konsequenzen der Eroberung (Erniedrigung und Unterdrückung) für die Frauen keine neuen Erfahrungen. Im Gegenteil - die Unterdrückungsmechanismen gegenüber den Frauen lassen sich als Metapher benutzen für die Beschreibung des Kolonialismus: nämlich als Vergewaltigung eines ganzen Kontinentes.

Die Vertreterinnen dieses Ansatzes identifizieren sich mit dem Feminismus .

Zum Abschluß stellte Malena Caso ihre eigene Position vor. Sie forderte die Veranstaltungsbesucherinnen auf, einmal ihre eurozentristische Sichtweise zu verlassen und sich folgender These zuzuwenden: Sicher haben bereits vor der Eroberung hierarchische Strukturen zwischen Männern und Frauen existiert, trotz allem wurde die Arbeit der Frauen jedoch sehr geachtet. Aus unserer heutigen Perspektive mag das ein Widerspruch sein, für die damalige Gesellschaftsordnung vielleicht nicht .

Der zweite Teil der Veranstaltung stellte einen Rückblick auf die Geschichte des Kolonialismus bis zu dem heutigen Tag dar. Für die Frauen heißt Kolonialismus: Massenvergewaltigungen, wie sie in jedem Krieg zur Demoralisierung und Demütigung des Feindes eingesetzt werden, Zwangsheirat, Konkubinat (ein Mann nahm sich mehrere Geliebte und ließ diese auch für sich arbeiten), Familientrennung, Prostitution usw.

Es hieß aber auch Widerstand durch Flucht oder Abtreibung der Kinder (damit diese nicht den Reichtum des Mannes vermehrten durch ihre Arbeits- kraft). Am Ende des Geschichtsrückblickes steht der Frauenhandel und Prostitutionstourismus - Kolonialismus hat Kontinuität bis zum heutigen Tag.

Veranstalterinnen: Reihe „Entfernte Verbindungen“ ,„anderes lernen“ e,V. E'förde, Frauenkultur und Kommunikationszentrum Aranat e. V., Lübeck und Frauenlernwerkstatt e. V ., Kiel .



EINE NEUE FRAU - EINE NEUE MACHT

Diavortrag über das erste feministische Treffen Zentralamerikas

500 Frauen trafen sich im März '92 in Nicaragua zum ersten feministischen Treffen Zentralamerikas. Sie wollten über die Situation der Frauen und der Frauenbewegung in Mittelamerika diskutieren und dies unter dem zentralen Thema „Frau und Macht „. Ungefähr die Hälfte der Frauen kam aus Nicaragua, sicherlich motiviert durch das nationale Frauentreffen in Managua (Jan. 92), dann ein Großteil aus Mittelamerika (oder als Migrantinnen dieser Länder) und dann gab es noch einige wenige Delegierte aus Mexico, der Karibik, USA und Europa . Eine ganz bewußte Mischung !

500 Frauen, vier Tage lang an einem traumhaften Strand, doch nur selten waren die Frauen dort zu sehen. Kein Wunder! Es gab ein volles Programm. Angeboten wurden über 50 Themen verschiedenster Art, Hauptthemen waren jedoch > Vernetzungen von Frauengruppen - und einrichtungen und > Rassismus in den einzelnen Ländern, aber auch bei den Frauen der verschiedenen Ethnien. >„ Lebensspaltung „ als Bezeichnung für die (aufreibende) Situation von vielen Frauen, die in Frauenzusammenhängen arbeiten und gleichzeitig in linken, patriarchalisch strukturierten und orientierten Parteien und Gewerkschaften aktiv sind.

An den Dias war zu sehen wie bunt, im kulturellen Sinne dieses Treffen gewesen sein muß (es waren Frauen aller gesellschaftlichen Schichten vertreten). Die Frauen der verschiedensten Ethnien ergaben ein wunderbares Mosaik, mit dem Stolz auf die jeweilige Eigenartigkeit. Dementsprechend forderten auf diesem Treffen auch die Minoritäten ihre Rechte und Beachtung ein.

Den Tag über 8 Stunden Arbeitsgruppen und abends dann Plenum. Die Plenen waren jedoch kein müder Abklatsch des Tages, vielmehr trugen die AG's Lieder, Gedichte, Balladen ; Tänze, kleine Theaterstücke und Spiele vor, die spontan zu der jeweiligen Thematik entwickelt worden waren. So wurden die Abende zu spannenden, lustig lauten Festen, die in der allnächtlichen Disco endeten.

Auch die Lesben (die üblichen 10%) hatten eine AG, an der jedoch zweidrittel Heterafrauen teilnahmen !? sie wollten mehr über ein Thema erfahren, das in Lateinamerika totgeschwiegen wird. Durch das modellieren ihres eigenen Körpers aus Tortillateig und durch Berührungsübungen wurde die AG auch für sie aufschlußreich. Eine Krankenschwester war dabei, die ursprünglich dazugekommen war, um mit ihren Fähigkeiten eventuell den betroffenen Frauen helfen zu können, am Ende meinte sie jedoch auch, daß Heterafrauen wohl eine Menge von Lesben lernen können.

Der Diavortrag von Malena Caso war angefüllt mit dem neuen aber komplizierten Selbstbewußtsein der Frauen/ Frauen - Lesbenbewegung Zentralamerikas. Das Selbstvertrauen ist gewachsen, ein Hinweis ist die bisher nicht übliche Bezeichnung „feministisch„ für eine lateinamerikanische Frauenkonferenz. Unter anderem zeugt diese Bezeichnung davon, daß sich bei dieser Frauenkonferenz die Lesben und Frauen nicht auseinanderdividiert haben, wie das in den südamerikanischen Verhältnissen bisher üblich war. Im nächsten Jahr soll nun die 6. kontinentale Frauenkonferenz stattfinden, für die das Treffen in Nicaragua eine Vorbereitung darstellte .

Eine neue Frau - eine neue Kraft,die Pläne schmiedet und Perspektiven für andere, bessere Lebensformen aufzeigen will.

Veranstalterinnen: „Entfernte Verbindungen" s.o.

LESBEN UND EXIL

Malena Caso, die Referentin, begann mit einem Vergleich von Definitionen zum Begriff Homosexualität. Sie begründete ihr Verfahren damit, daß Wörterbücher immer auch den Bewußtseinsstand einer Gesellschaft widerspiegeln. In den Wörterbüchern aus dem spanischen Sprachraum wurde Homosexualität stets als perverse Krankheit dargestellt, immer im Zusammenhang mit entsprechenden Schimpfwörtern. Homosexualität ist schmutzig, eklig und pervers, sie wird mit dem Begriff Sodomie bezeichnet (hier nicht wie in unserem Sprachgebrauch als Sex mit Tieren). Lesbische Sexualität wird nicht weiter definiert außer mit einem Hinweis auf die Bewohnerinnen von der Insel Lesbos. Im Gegensatz dazu ist der Duden um eine sachliche Definition von Homosexualität bemüht, sie wird lediglich als sexuelle Anziehung zum gleichen Geschlecht bezeichnet.

Die Situation von Homosexuellen in Lateinamerika ist ihrer Gesellschaftlichen Definition entsprechend. In den meisten Ländern Lateinamerikas ist H. unter Strafen von 5 - 8 Jahren gestellt. Aber auch auf der gesellschaflichen Ebene wird H. stark geächtet. Es gibt zum Beispiel großangelegte Hetzkampagnen, die die Schwulen für die Verbreitung von Aids verantwortlich machen. Diese Kampagnen werden breit von Elternvereinigungen, Studentenverbände und anderen Vereinen getragen. In Columbien er-

mordeten Rechtsradikale über 50 Schwule. In Nicaragua wurde, zusammen mit einer Strafverschärfung für Vergewaltigung, am 30 Okt. '92 ein sogenanntes Sodomiegesetz erlassen, das diesmal auch ausdrücklich weibliche H. mit einschließt. In der Abstimmung über das neue Gesetz wurde ein Passus beigefügt, der nicht nur die Ausübung von H. selbst unter Strafe stellt, sondern auch die Verbreitung und Propagierung derselben. Dieser Zusatz hat zur Konsequenz, daß in Zukunft sogar Journalisten, die über H. schreiben, mit einer Strafverfolgung rechnen müssen. Anlaß des neuen Gesetzes waren zudem die brutalen Morde und Mißbräuche an Mädchen in der vergangenen Zeit !!!

Für Lesben in Lateinamerika heißt diese gesellschaftliche Einstellung, daß sie sich nur heimlich treffen können und auch nie viel voneinander wissen. 1987 fand das erste geheime Treffen von Lesben in Mexico statt. Ein zweites Treffen wurde für 1990 in Costa Rica angesetzt. Ein Journalist bekam jedoch Wind davon und löste eine übelste Hetzkampagne aus. Ein Bischof gesellte sich auch dazu und mobilisierte einige Parlamentsabgeordnete gegen dieses moralisch verwerfliche Treffen. Die Botschaften wurden daraufhin angewiesen keine Visa für verdächtige Frauen auszustellen, die womöglich diese Treffen besuchen wollen. Es konnte jedoch keine daran gehindert werden, an dem Treffen teilzunehmen, denn die Frauen waren ja nicht dumm: sie veröffentlichten einfach den Termin um eine Woche verschoben !

Die Diskriminierung von Lesben verläuft subtil, Witze werden gerissen über Lesben obwohl diese gesellschaftlich niemals sichtbar werden. Bekennt sich eine Frau zu ihrem Lesbischsein, wird sie von ihrer Familie und ihren FreundInnen wie eine Kranke behandelt. Es fehlt den Lesben an positiven Vorbildern in Kultur, Politik etc. Die Folge bei vielen Frauen ist ein Haß auf das eigene Geschlecht Aus diesem Haß heraus orientieren sich manche Frauen an einem männlichen Identitätsbild, sie werden zur Machofrau.

Die Frauenbewegung hat sich bisher von den Lesben distanziert, um mit der Diskriminierung nicht konfrontiert zu werden. Aus diesem Grund bezeichnen sich viele Lesben auch nicht als Feministinnen (was sich zur Zeit aber ändert)

Lesbische Frauen haben mit Identitätsfindung, subtiler Diskriminierung und - wenn sie sich offen verhalten - auch mit Berufsverboten zu kämpfen. Für viele ist dies alles ein Grund in andere Länder zu immigrieren. Wenn sie jedoch ihr Lesbischsein als Asylgrund angeben, müssen sie in vielen Ländern mit Schwierigkeiten rechnen. Denn Verfolgung wird zumeist über Gesetze definiert, da die Strategie gegen Lesbische Liebe aber die Unsichtbarmachung und das Verschweigen beinhaltet, haben Lesben Probleme ein Exilland zu finden.

In den meisten Ländern wird H. als Asylgrund nicht anerkannt. Die wenigen Fälle,die aus diesem Grund ein Asyl gewährt bekommen haben, kommen zumeist aus dem Islam. 1987 wurde in Hessen einem Iraner das Asylrecht zuerkannt, aber auch nur, da seine H. als schicksalhaft und unumkehrbar definiert wurde. In der BRD wurde 1990 bisher nur eine einzige Lesbe anerkannt, auch eine Iranerin. Sie wurde schon während ihrer Schulzeit zu Verhören abgeholt, in denen es um ihren Kontakt zu anderen Frauen ging. Nach der Schule erhielt sie aus diesem Grund keinen Studienplatz, die Befragungen der Nachbarn und Freunde fielen nicht zu ihren Gunsten aus ..Nach iranischem Recht könnte die Frau, wenn sie mit einer anderen „ überführt würde „ mit Stockhieben bestraft werden und im Wiederholungsfalle gesteinigt werden.

Da in der Regel H . als Asylgrund nicht anerkannt wird, bleibt den lesbischen Frauen nur die politische Ehe (auf diesen Begriff bestand die Referentin, anstatt der sog. Scheinehe) .Aus diesem Grund wäre es für lesbische Frauen,die nicht aus EG - Staaten kommen, .ein Fortschritt, wenn es die Möglichkeit gäbe auch Frauen zu heiraten, denn die Ehe mit einem Mann ist gerade für Lesben eine besonders erniedrigende Situation. Aus dieser Perspektive heraus bekommt die Diskussion um die lesbische Ehe - die auch von vielen Frauen als patriarchal abgelehnt wird - eine neue Dimension . .

Veranstalterinnen :„ENTFERNTE VERBINDUNGEN“

KÜCHENGESPRÄCH MIT REBELLINNEN

AM 5. 10. 92 wurde der Film„ Küchengespräche mit Rebellinnen „ in der Pumpe gezeigt . Vier Frauen erzählten auf eine unbeschreibliche, natürliche Art und Weise über ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus, über Solidarität, über Angst . Sie haben Widerstand bei den Partisanen und Widerstand gegen den Terror im Gefängnis geleistet, KZ - Häftlingen bei der Flucht geholfen . Mit ihrem Widerstand haben sie ihr Leben riskiert und den Rahmen weiblichen Handelns gesprengt . Ein sehr beeindrukkender, sehenswerter Film .

VeranstalterInnen :
Reihe „Gegen das Vergessen - Freiheit für G. Bögelein„

„VORSICHT LEBENSSCHÜTZER„

AM 9. Okt. lud die Gruppe AVANTI - PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE im Rahmen der Frauen / Lesbenwoche (Kiel) Zur Veranstaltung „Vorsicht Lebensschützer„. Die Referentin B. Ritter, Mitautorin des gleichnamigen Buches, begann ihren Vortrag mit einem Überblick des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens zum § 218.

Im Juni diesen Jahres entschied der Bundestag über eine Reform des §218 mit Fristenregelung und Beratungspflicht, so sah es der

Gruppenantrag von SPD, FDP, Teile von GRÜNEN 7 Bündnis 90 und CDU vor. Ganz nebenbei wurde auch die Meldepflicht der Ärzte auf das Gebiet der neuen Bundesländer ausgeweitet, obwohl der eigentliche Antrag die Abschaffung derselben insgesamt vorsah. Die Veränderungen im positiven sind minimal - trotzdem riefen 249 Unionsabgeordnete jetzt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an. Daraufhin wurde der neue § 218 ersteinmal auf Eis gelegt.

Kaum bekannt ist jedoch der Skandal, daß die weitere Entscheidung um den § 218 u.a. in die Hände von selbsternannten „Lebensschützern „gelegt wird: einer der Verfassungsrichter, Ernst - Wolfgang Böckenförde (SPD), war bis 1990 Mitglied der „Juristenvereinigung Lebensrecht„ (dazu später). Da der sich damit befassende 2. Senat sich aus 4 SPD - und 4 CDU-Mitgliedern zusammensetzt, ist ein Abstimmungsergebnis von 5:3 vorraussagbar.

Damit nicht genug ist einer ‚der zwei anzuhörenden Gutachter, ebenfalls Mitglied der berüchtigten Vereinigung: der Konstanzer Professor Rolf Stürner.

Die „Juristenvereinigung Lebensrecht" (JVL) hat ca. 800 hochkarätige Mitglieder, die in Fragen des Rechts meinungsbildend sind. Ihre Ansichten finden sich in juristischen Zeitungen, Strafrechtskommentaren und der Ausbildungsliteratur wieder. Mitglieder der JVL reichten bereits mehrere Klagen, den §218 betreffend, ein :

z. B. gegen die Krankenkassenfinanzierung des Abbruches (RA Dr. Philipp), gegen Lohnfortzahlungen im Falle eines Abbruches (Arbeitsgericht) , für das Sorgerecht eines Vaters über einen Embryo (Dr. Wesser, Sekretär der JVL) .

Zudem zeichnen sich einige Mitglieder durch übelste Reden gegen den Schwangerschaftsabbruch aus. Der JVL-Mitbegründer Herbert Tröndle vergleicht beispw. Krankenhäuser, in denen Abbrüche gemacht werden, mit Schlachthöfen. RA Philipp, bekannt durch seine Hetze gegen das Asylrecht, spricht bzgl. des § 218 von der Ungeheuerlichkeit, daß aufgrund des Paragraphen Leben drei Monate durch einen Todeskorridor wandern muß. Unter den JVL-Mitgliedern finden sich auch ehem. NS- Juristen wie den einstigen Verfassungsrichter Geiger.

Zum Abschluß referierte B. Ritter noch über die argumentative Verbindung von dem Thema Abbruch zu anderen wie Asyl und Bevölkerungspolitik. InteressentInnen sei das Buch empfohlen: „Vorsicht Lebensschützer„ ‚Frauen gegen den § 218, konkret literaturverlag.

VeranstalterInnen :AVANTI und Kieler Frauen/ Lesbenwoche

„Frauen gegen Rassismus und Sexismus"

- Vorstellung einer Kieler Frauengruppe

Was bedeutet Rassismus für Frauen? Gibt es Ähnlichkeiten von Rassismus und geschlechtlicher Diskriminierung ? Wie sieht alltäglicher Rassismus aus ? Seit dem Frühjahr '92 treffen wir uns regelmäßig und tauschen uns zu den obigen Fragen - und anderen - aus. Wir sind eine Gruppe von Immigrantinnen, Asylbewerberinnnen und dtsch. Frauen, die es jedoch nicht nur bei einem Austausch belassen wollen. mit unserer Arbeit wollen wir die spezielle Situation von Frauen auch bei rassistischer Diskriminierung herausstellen. Was bedeutet es bspw. als Immigrantin in Deutschland zu leben? Wieweit betreffen Sondergesetze gegen AusländerInnen das Leben der Frauen?

Im Moment planen wir, mit verschiedensten Frauen in der BRD Interviews zu führen, denen die obigen Fragen zugrunde liegen. Die Interviews sollen verfilmt werden und eventuell als Diskussionsgrundlage für Veranstaltungen oder Schulstunden dienen. Wir sind eine offene Gruppe, in denen auch neue Frauen mit Interesse und Ideen Platz haben.

KONTAKT: TIO - türkischer Frauentreff, Iltisstr. 6, Kiel.



Schon gehört?



Die Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft (DUR), deren Kieler Gemeinde durch die Aufklärungsarbeit von AntifaschistInnen schwer gelitten hat, kündigte nun erstmals seit langer Zeit wieder eine Veranstaltung in ihrem Gemeindehaus öffentlich an. Keine Zurückhaltung übte in den letzten Monaten die der DUR nahestehende Jugend- und Begegnungsstätte Klingberg. Unter Leitung von Ernst Mohnike und Lutz Hüttel fanden in den letzten Wochen etliche Seminare statt, u.a. unter dem Titel „Die Völkische Idee und Deutsche Glaubensbewegung". Als Referenten geladen waren Baldur Springmann (Autor im neofaschistischen Kieler Arndt-Verlag), Karl-Heinz Weißmann (Theologe, Lehrer und Autor in verschiedenen extrem rechten Zeitschriften) sowie mit Margarete Dierks eine unkritische Verehrerin des Antisemiten Jakob Wilhelm Hauer. Organisator Lutz Hüttel schrieb bereits vor einigen Jahren in der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst".



Ansgar Graw, ständiger Mitarbeiter des revanchistischen „Ostpreußenblattes" und Hetzer gegen die IG Medien, ist Koautor eines gerade erschienenen Buches mit dem Titel „Königsberg morgen - Luxemburg an der Ostsee". Das im MUT-Verlag des ehemaligen NPD-Bundestagskandidaten Bernhard C. Wintzek herausgegebene Buch „definiert auch deutsche Interesse an der Zukunft der Region" (Verlagsankündigung). Im „Ostpreußenblatt" hatte Graw Ende Oktober dem ehemaligen REP-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Emil Schlee, aus Anlaß von dessem 70. Geburtstag große Verdienste bei der revanchistischen Arbeit bescheinigt.



Ansgar Graw



Mit einem großzügigen Bericht unterstützten die „Kieler Nachrichten" im Oktober 1992 den ehemaligen Funktionär der neofaschistischen „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung", Fritjof Berg, bei dessen Versuchen, im Rahmen der „Landsmannschaft Ostpreußen" die Region Kaliningrad „heim ins Reich zu holen".



Fritjof Berg



Auf den neunzigsten Geburtstag Ernst von Salomons machte der Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, Hans-Joachim von Leesen, Ende September u.a. in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung" aufmerksam. Nicht ohne Sympathie erzählt er einige Stationen aus der Lebensgeschichte dieses Mannes, der sich nach 1918 den konterrevolutionären Freikorps anschloß, wegen Beteiligung am Attentat auf den damaligen Außenminister Rathenau fünf Jahre Gefängnis absaß und später engen Kontakt zu nationalrevolutionären Kreisen hielt. Von Leesen selbst schreibt gerne mal geschichtsfälschende Aufsätze in der rechtsextremen Theoriezeitschrift „Criticón" oder beklagt in den „Vaterstädtischen Blättern" (Erscheinungsort: Lübeck) den Mangel an „deutschem Liedgut" in den Rundfunksendungen.



Zu einer Parteiveranstaltung der „Christlichen Liga" hatte deren Landesbeauftragter Ernst-Martin Borst (Schacht-Audorf) am 21. November 1992 nach Kiel-Kronshagen eingeladen. Neben dem Bundesvorsitzenden Ewald Jaksch sollte auch Helmut Warnecke, der Geschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, zugleich Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für religiöse Fragen" (ARF), zum Thema „Waldorfschulen" sprechen.

Schon gehört?



Als harmlosen Heimatdichter präsentierten die „Kieler Nachrichten" im November 1992 den ehemaligen KLA-Kandidaten (Kieler Liste für Ausländerbegrenzung) Dierk Puls. Das spätere REP-Mitglied (Mitgliedsnummer: 11597) konnte schon früher als plattdeutscher Dichter in bürgerlichen Medien zu Worte kommen.



Dierk Puls



Gegen die zum Kreis des Altfaschisten Thies Christophersen gehörende Thora Pedersen war für den 3. November in Flensburg ein Gerichtstermin anberaumt worden, da sie behauptet hatte, der Arzt Dr. Grünewälder stünde mit Terroristen in Verbindung. Noch bevor alle Beteiligten den Verhandlungssaal betreten hatten, war der Prozeß geplatzt. Die Angeklagte sprang den zuständigen Richter Rüdiger von hinten an, krallte sich auf seinem Rücken fest und entleerte eine Tube Senf in seinem Nacken. Die Folge: die nächsten drei Tage verbrachte sie im Frauenknast in Lübeck. Für das Gerichtsgebäude erhielt sie zudem Hausverbot; dieses gilt selbstverständlich nicht bei Prozessen gegen sie selbst. Für diesen Fall ist eine vorherige Durchsuchung und die Begleitung durch zwei Justizbedienstete vorgesehen. Nazi-Anwalt Rieger nahm diese Entscheidung zum Anlaß, sein Mandat niederzulegen.



Wie jedes Jahr, so versandte der Kieler Arndt-Buchdienst auch dieses Jahr wieder seinen neuesten Katalog „Lesen & Schenken" zur Weihnachtszeit. Der Neofaschist Dietmar Munier bekennt in den einleitenden Zeilen: „Wir glauben an die Vollendung der deutschen Einheit, an die Rückkehr des deutschen Ostens, ebenso wie an die Rehabilitierung unserer verunglimpften Geschichte, unserer Elterngeneration und unserer Soldaten".

Inzwischen ist auch das Rundschreiben 3/92 der von Munier ins Leben gerufenen Aktion „Deutsches Königsberg" in Umlauf gebracht worden. An diesen revanchistischen Aktivitäten beteiligen sich inzwischen auch der ehemalige Kieler REP-Funktionär Dr. Axel Neu, der aus dem Umfeld des antisemitischen Verlegers Bohlinger kommende Detlef Lindenthal (Hattstedt/Husum) und der Verleger Ingwert Paulsen von der honorigen Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, der als Vorsitzender des „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen" tätig ist.

Eine ähnliche Tätigkeit entfaltet seit Mai 1992 der in Hamburg gegründete „Verein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen", an dessen Spitze Ilse Timm (2359 Kisdorf) steht.

ARNDT-Buchdienst / Europa-Buchhandlung
Postfach 3603, D-2300 Kiel 1
Tel.: 04 31 / 55 34 46 + 55 51 11

Aktion „Deutsches Königsberg"

Rundschreiben Nr. 3/92

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, unterstützen wir als private Initiative die Ansiedlung von Rußlanddeutschen im nördlichen Ostpreußen. Nähere Informationen über Aufgabe und Hintergrund unserer Aktion entnehmen Sie bitte unserem Rundschreiben Nr. 1/92. Heute wollen wir Ihnen einen Bericht [illegible] unserer Arbeit und [illegible]

den langen, schweren Kampf der "Deutschen Freundeskreise" in Oberschlesien um Registrierung bei den polnischen Behörden. Hier muß einmal festgehalten werden, daß es ein solches deutschfeindliches Klima bei den russischen Behörden nicht gibt. Im Gegenteil, je niveauvoller der russische Gesprä[illegible] Verständnis für deut-

Rundschreiben des Arndt-Buchdienstes

Neueste Entwicklungen in Kurdistan

Seit Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK im Jahre 1984 versucht der türkische Staat mit sich steigerndem Terror, immer unterstützt von der Bundesregierung, den bewaffneten Kampf in Kurdistan zu zerschlagen. Auch die bundesdeutsche Presse müht sich nach besten Kräften den bewaffneten Kampf der PKK zu diffamieren, und nach Möglichkeit den Staatsterrorismus in der Türkei zu verschweigen.

Auch die jüngsten Entwicklungen in Nordwestkurdistan (das ist der Südosten der Türkei) und in Südkurdistan (Nordirak) werden in der Presse ziemlich verzerrt dargestellt. Dort ist von entscheidenden Niederlagen der PKK mit Tausenden toter und gefangener Guerilleros zu lesen, vom Rückzug der PKK aus dem Nordirak.

1992 steht im Zeichen einer stärker werdenden PKK, sowohl politisch als auch militärisch (die Pkk ist inzwischen „die" Vertretung des kurdischen Volkes in der Türkei), und einem sich steigernden Staatsterror:

- 94 Menschen starben als die türkische Armee bei den kurdischen Neujahrsfeiern in verschiedenen Städten in die demonstrierenden Mengen schießt.
- in den ersten sieben Monaten des Jahres sind im Südosten der Türkei über 100 Kurden, die der PKK aufgeschlossen gegenüberstanden (Journalisten, Kommunalpolitiker, Mitglieder der Arbeiterpartei des Volkes HEP) erschossen worden. Die Mörder, obwohl teils bekannt werden offensichtlich staatlich gedeckt und nicht zur Verantwortung gezogen (nach dem Bericht Nr. EUR/44/75/92 von amnesty international)

Hinzu kommen wahllose Massenverhaftungen und in den letzten Monaten verstärkt die Zerstörung von kleinen Provinzstädten. Ungezählt sind die Opfer von angeblichen Aktionen gegen die PKK. Häufig werden ZivilistInnen massakriert und gelten in der Presse dann als tote PKKlerInnen.

Auf Angriffe der PKK von irakischem Territorium aus reagiert die türkische Armee mit der Beschießung von Flüchtlingslagern im Nordirak. Nach dem Motto: Ihr seid Kurden, die PKK sind Kurden. Solange die PKK uns angreift, werden wir euch massakrieren . Kämpft gegen die PKK, dann lassen wir euch in Ruhe.

Am 1.10.92 begannen Peshmerga der irakisch/kurdischen Parteien KDP und PUK, Einheiten der PKK im Irak anzugreifen.

KDP und PUK möchten eine autonome kurdische Provinz im Staatenbund mit dem Irak und kein unabhängiges Kurdistan. Schon gar nicht ein sozialistisches Kurdistan, wie es die PKK anstrebt.

Der Angriff wurde von türkischen Offizieren geplant und angeleitet. Trotz des erklärten Willens der KDP/PUK Verantwortlichen, in wenigen Tagen der Präsenz der PKK im Nordirak ein Ende zu machen, kam alles ganz anders. Immer mehr Peshmergas weigerten sich zu kämpfen, weil sie nicht einsehen wollten, daß sie gegen ihre Brüder und Schwestern und für die Interessen der Türkei marschieren sollten. Aus einem Interview mit Hürriyet vom 11.10. 92: "Es hat sehr heftige Zusammenstöße gegeben. In den ersten Tagen waren wir sehr stark gefordert. Jedoch haben erst die gezielten Luftangriffe der türkischen Armee gegen PKK-Stellungen unser Vorgehen erleichtert. Wir kämpfen unwillig und ohne Überzeugung. Die Kommandanten haben uns befohlen, zu kämpfen."

Am 18. Oktober begann die türkische Armee mit dem Angriff auf irakisches Territorium. Ziel der Großoffensive ist die vollständige Niederlage der PKK.

Am 2.11. war in der Presse zu lesen, daß die Armee ein PKK Lager gestürmt hätte, wobei über 1000 Guerilleros getötet wurden. Diese Nachrichten sind mit größter Wahrscheinlichkeit unwahr. Im Kurdistan RundbriefNr 24 vom 19.11.92 ist zu lesen, daß die PKK insgesamt 87 verloren hat

und ebensoviele Verletzte zu beklagen hatte. Betrachtet man/frau sich die bisherigen Nachrichten in der bürgerlichen Presse zu Kurdistan, so ist festzustellen, daß die PKK in den letzten Jahren schon hundert vernichtende Schläge durch die türkische Armee erlitten hat, und schon lange nicht mehr existieren dürfte. Tut sie aber doch und zwar mit einer wachsenden Stärke. In der Regel genauer und zuvrlässiger sind die Nachrichten im Kurdistan-Report und Kurdistan-Rundbrief. Diesen Informationen ist meiner Erfahrung nach weitaus eher Glauben zu schenken. Danach stellt sich die Lage folgendermaßen dar: Die jüngsten Kämpfe haben zu einer politischen und militärischen Stärkung der PKK geführt. Die türkische Armee ist zwar mit zigtausend Soldaten in den Irak einmarschiert und die Einheiten der PKK haben sich teilweise zurückgezogen, aber sie werden spätestens mit dem beginnenden Winter Probleme bekommen. Die türkische Armee hat wie die irakischen Peshmerga Probleme ihre Soldaten zu motivieren. Es sind zum großen Teil Wehrpflichtige, mit wenig Interesse für einen Kampf, der nicht Ihrer ist, zu sterben. In einem Interview mit der Zeitung „Berxwedan" sagt der Vorsitzende der PKK Abdullah Öcalan, daß es für Sie keine Rolle spielt, ob die türkische Armee im Irak bleibt oder nicht.Entscheidend sei die Sympathie, die der Kampf der PKK in weiten Kreisen der Irakischen KurdInnen gefunden habe. Außerdem würde es darum gehen, zu verhindern, daß Kurden gegen ihre Brüder und Schwestern kämpfen.

Osman Öcalan, ein Lagerkommandant der ARGK (das sind die bewaffneten Einheiten der PKK, da war der Artikel bisher ein bißchen ungenau), sagt, daß die politische Tätigkeit der PKK in Südkurdistan durch das Abkommen mit KDP/PUK von Anfang November verbessert worden sei. Seine bewaffnete Einheit würde ein Lager in der Nähe zum Iran beziehen. Die Aussichten die Bevölkerung dieser Region für den nationalen Befreiungskampf zu mobilisieren schätzt Öcalan als recht günstig ein.

Zusammengefaßt bleibt: Die PKK zieht sich geschickt zurück, verlängert die Front der türkichen Armee und gewinnt offensichtlich an politischem Einfluß im Nordirak. Für viele Peshmerga ist das Verhalten der KDP/PUK Führungen unverständlich, zusammen mit der Türkei gegen KurdInnen vorzugehen und somit Kanonenfutter für die Türkei zu spielen.

Da die türkische Armee offensichtlich nicht in der Lage ist, den Aktionsradius der PKK dauerhaft einzuschränken, aber zur Zeit „Erfolge"erwartet, ist eine verschärfte Fortsetzung der „Massakerpolitik" gegen die kurdische Zivilbevölkerung in der Südosttürkei zu befürchten.

Eine weitere Schiene des türkischen Staates ist der Versuch aus der Auseinandersetzung der PKK mit dem türkischen kolonialistischen Staat, eine Auseinandersetzung zwischen TürkInnen und KurdInnen zu machen. Höhepunkt einer allgemeinen Zunahme der Feindlichkeiten gegen KurdInnen waren die Übergriffe am 29. Oktober in Alanya. Am hellichten Tag wurden 30 Häuser und Geschäfte von Kurden verwüstet und viele Menschen verletzt. Ähnlich wie hier bei Übergriffen von Faschisten gegen Flüchtlinge, schauten die Sicherheitskräfte zu.

Fazit: Mit bundesdeutscher Unterstützung werden in Kurdistan Flüchtlinge produziert, die, sollten sie in der BRD um Asyl nachsuchen in der Regel abgelehnt werden. Denn es gibt ja angeblich die innertürkischen Fluchtalternativen, wo mensch nicht mehr als KurdIn verfolgt wird, sondern „nur" noch als UnterstützerIn der angeblich „terroristischen" PKK. Tja, und wer/welche Terroristen unterstützt, hat auch kein Recht auf Asyl. So einfach geht das.

Spendet für den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans!

Beate Berg (KontoinhaberIn), Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto Nr. 1042 80 22 21

Reifen zerstochen

Hamburg (FB) Einen Anschlag auf 49 für die Türkei bestimmte Bundeswehr-Lkw haben Unbekannte im Hamburger Hafen verübt.

Die Unimog-Geländelaster, die als Militärhilfe für die türkische Armee bestimmt sind, wurden mit kurdischen Parolen besprüht, rund 100 Reifen zerstochen. Jetzt müssen erst einmal Ersatzreifen beschafft werden, bevor der Transport verschifft werden kann.

In Zukunft soll Militärgut für die Türkei und Griechenland über Bremerhaven verladen werden.

Diskussion:

ZUR DISKUSSION
Mir nach
Weiter so
Vorwärts zum

Einige Anmerkungen und Fragen zu Auffassungen der autonomen Antifa

Seit einiger Zeit wird verstärkt über Inhalte, Formen und Perspektiven des antifaschistischen Kampfes diskutiert. Vor dem Hintergrund einiger vager Vorschläge für eine antifaschistische Organisierung (etwa Antifa/M Göttingen, Antifaschistisches Autorenkollektiv Berlin) entwickelt sich eine Art Programmdiskussion, in dieser Form jedoch bislang kaum über den autonomen Tellerrand hinweg. Im folgenden soll auf Grundlage von Diskussionen, die eher im BWK/VSP-Spektrum in Schleswig-Holstein geführt worden sind, Stellung zu einigen Fragen genommen werden, insbesondere zu den im Beitrag der Rendsburger Antifa in der letzten Ausgabe der ATZE und LandUnter aufgeworfenen.

Aus mehreren Quellen speist sich gegenwärtig die beschleunigte Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und die immer offener propagierte und betriebene gewaltsame Lösung gesellschaftlicher Widersprüche, wozu die Überfälle auf Asylbewerberheime nur der Auftakt sind:

– aus der zunehmenden sozialen Brutalisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, aus der sich die Ansicht zu begründen scheint, daß die Ursachen in der Natur des Menschen liegen und also auch nur „natürlich", im Kampf „jeder gegen jeden", zu lösen sind,

– aus dem rapiden und fortschreitenden Zerfall sozialer, kooperativer Zusammenhänge, wodurch die Möglichkeit zur sozialen Objektivierung persönlicher Ansichten und Meinungen und die Wirkung sozialer Organisierung von Arbeits- und Lebenszusammenhänge abnimmt und die Bedeutung von „nichtsozialen" Elementen von gesellschaftlicher Organisierung zunimmt: „Volk", „Rasse" usw. usf.

– aus einer staatlich betriebenen Politik der Reaktion, die diese Entwicklungen bestärkt, betreibt und sich gleichzeitig als Opfer derselben darstellt,

– aus der wachsenden Bedeutung, die faschistische Programmatik, Propaganda, Organisierung, Parteibildung und Gewalt in dieser Situation für die Organisierung der kapitalistischen Gesellschaft erhält.

Die antifaschistische Opposition ist vielfältig, weil sie aus diesen und anderen ganz unterschiedlichen Erfahrungen und Gründen ihren Widerstand entwickelt. Es erleichtert die Verständigung über gemeinsame nächste Schritte, wenn neben der allgemeinen und speziellen „Ursachendiskussion" das organisierende Handeln von Faschisten und Staatsmacht wieder mehr verfolgt, veröffentlicht, kritisiert und durch die Auseinandersetzung um politische Gegenmaßnahmen bekämpft wird. Der Staatsschutz begegnet diesen Elementen mit verschärfter Kriminalisierung der antifaschistischen Bewegung (vgl. Broschüre des Bundesinnenministeriums: „Bedeutung und Funktion des Antifaschismus"). Die Bourgeoisie der BRD, die dabei ist, alle Fesseln abzustreifen, die ihr nach der Kapitulation des deutschen Faschismus von Alliierten, Rücksicht auf die öffentliche Meinung usw. angelegt worden waren, greift entscheidende Konsequenzen aus der Zeit der faschistischen Diktatur an: das individuelle Recht auf Asyl sowie das Verbot, die Bundeswehr außer Landes und nicht zu Verteidigungszwecken einzusetzen. Es kommt jetzt sehr darauf an, in der Begründung antifaschistischer Opposition mehr zu entwickeln als das schlichte „Gegen Nazis", emanzipatorische Werte herauszubilden und zu verteidigen, für die wir öffentlich eintreten, und aus denen sich auch das „Wie" des antifaschistischen Kampfes ergeben muß. Dafür ist die Erörterung einiger Auffassungen gerade der autonomen Antifa notwendig, weil sich die Medien derzeit allzu gütlich daran tun, in Interviews usw. „rechts und links" als zwei gleichartige, gegeneinander kämpfende Blöcke darzustellen, die sich außer in ihrer ideologischen Vorgabe in nichts unterscheiden würden. Und wir kennen auch alle die Situationen nachts bei „Fascho-Alarm", wo sich meist nicht so angetrunkene Antifas mit meist mehr angetrunkenen Nazi-Skins usw. rumschlagen, in der legitimen Absicht, faschistische Übergriffe zu verhindern, aber befangen in der Hilflosigkeit, dagegen nicht die Polizei in Bewegung zwingen zu können und einen öffentlich-politischen Effekt von Null zu erreichen.

Militanz ...

Die Rendsburger Antifa schreibt in ihrem Papier „Militanz und Stärke, Teil I": „Der antifaschistische Kampf darf sich nicht zum Selbstzweck entwickeln, sondern muß politisch nachvollziehbar und vermittelbar sein. D.h.: Es genügt nicht, sich militärisch sicher und stark zu fühlen, sprich die Faschos aus dem Ort zu hauen, wenn es der Rest der Gesellschaft nicht versteht und nachvollziehen kann. Der praktische militante Kampf darf nicht um der praktischen Militanz wegen geführt werden, er würde sich gegen uns richten. Es ist klar, daß uns ein großer Teil des praktischen militanten Kampfes von außen aufgedrückt wird."

Stimmt: Halb ziehen sicher die Faschisten und staatliche Organe, aber halb sinkt die autonome Antifa eben auch hin, und darum soll es hier gehen. Wahrscheinlich kommt die Diskussion über Mittel im antifaschistischen Kampf derzeit vor allem auf, weil doch heute so offensichtlich wird, daß der Feuerwehr-Antifaschismus, hinreisen wo es knallt, objektiv nicht in der Lage sein kann, die Gewalttaten zu verhindern, seit die faschistische Pogrom-Welle solche Ausmaße angenommen hat, wie sie sie derzeit besitzt. Die autonomen (v.a.) Großstadtzusammenhänge sind beim besten Willen nicht mehr in der Lage, quasi nach Radiomeldungen geleitet stets und schnell dahin zu fahren, wo es gilt, faschistische Übergriffe zu verhindern. Aber auch „in der Provinz" wird die fast jedes Wochenende ausgerufene Freizeitbetätigung „Fascho-Alarm" nicht ewig durchgehalten werden können, spätestens

wenn diese Zusammentreffen ihren persönlich befriedigenden Clique-am-Samstagabend-Charakter verlieren. Denn das tun sie irgendwann, so um die 30 orientieren sich dann eben doch die meisten auf traute Zweisamkeit usw. – diese Tatsache spiegelt sich in der „Szene" vor allem in der ungemein hohen Fluktuation der politisch Tätigen wider, noch nicht aber in der Entwicklung neuer Formen, die es auch älteren, geschwächteren und Freunden und Freundinnen mit einem anderen Lebenshintergrund ermöglichen würde, sich einschlägig zu betätigen.

Die o.g. Situation, die Masse der faschistischen Gewalttaten objektiv gar nicht mehr verhindern zu können, bewirkt bei vielen eine nur ungern wahrgenommene Gefühlslage: die Hoffnung, daß die Polizei schon das Schlimmste verhindern wird. Nun wissen wir alle, daß die Staatsgewalt nur zögerlich, oft gar nicht, gegen die faschistischen Gewalttaten vorgeht. Dennoch: Wo überhaupt keine Menschen sind, die sich schützend vor die Flüchtlingsheime stellen, wie es nun oft vorkommt, kann dann scheinbar nur noch gehofft werden. Diese Situation, so tragisch sie ist, kann aber vielleicht den Blick dafür frei machen, daß einige alte Dogmen hinterfragt werden. Denn die Aussicht, in diesen Fällen nichts anderes tun zu können, hängt mit der unter Autonomen weitverbreiteten Geringschätzung des Kampfes um die Mäßigung und Lenkung des staatlichen Gewaltmonopols zusammen, die sich z.B. in der häufigen Ablehnung der Forderung nach einem Verbot faschistischer Organisationen ausdrückt (etwa jüngst in den Vorbereitungen der Kieler Demonstration am 7.11. durch die Autonome Infogruppe Kiel). Zu tief hat sich die autonome Antifa der „Erkenntnis" verschrieben, die oben als derzeit im Aufwind befindliche gesellschaftliche Ideologie charakterisiert wurde: daß nämlich gesellschaftliche Probleme im wesentlichen in ihrer Verkörperung in bestimmten Personen bekämpft werden, daß Antifaschismus also im wesentlichen Kampf gegen Nazis sei.

... Normen ...

Es soll hier nicht die Notwendigkeit bestritten werden, Opfer faschistischer Gewalt zu verteidigen. Dies aber ist noch keine positive Orientierung, es ist ein praktisch notwendiges Handeln, das durchaus gut daran täte, sich auf geltende bürgerliche Gesetze zu beziehen, die Notwehr legitimieren und unterlassene Hilfeleistung unter Strafe stellen. Die Tatsache, daß eine sich daran anschließende juristische Auseinandersetzung schwer würde (etwa die skandalöse Verurteilung eines Rendsburger Antifaschisten zu sieben Monaten ohne Bewährung wegen einer tätlichen Auseinandersetzung mit Neonazis), ist kein Argument dagegen. Sie besagt eher, wie lang der Weg noch ist, den wir bis zur gesellschaftlichen Ächtung des Faschismus noch vor uns haben, und daß wir uns dabei gute Argumente zurechtlegen müssen, unser Handeln aber auch sehr genau bestimmen müssen. Denn: Umschiffbar ist das Problem letzten Endes ohnehin nicht. Ohne die Spaltung des Gegners, also auch Erfolge in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Justiz, werden wir keine gesellschaftlichen Normen setzen können, die zur Wirksamkeit gelangen. Nur dies aber wäre ein Ausweg aus der auch von den Rendsburgern beklagten Tendenz zum Bandenkampf, die die Sache derzeit annimmt. Auch wird faschistischer Ideologie und ihrer Verbreitung, die heute in hohem Maße auch über bürgerliche Politik und Medien betrieben wird, so kaum entgegengewirkt: Die Tatsache, daß die DVU im letzten Landtagswahlkampf nach eigenen Aussagen sich keinen einzigen öffentlichen Auftritt durchzuführen getraute (aufgrund der Erfahrungen des vorherigen Landtagswahlkampfes, in dessen Zuge v.a. autonome Antifaschisten viele faschistische Propagandaveranstaltungen behinderten oder verhindern konnten), hat ihren Einzug in den Landtag nicht verhindert. Dennoch ist nach wie vor legitim und notwendig, faschistische Propaganda zu unterbinden, und das heißt vor allem das staatliche Gewaltmonopol dagegen in Bewegung zu zwingen, sicher: auch durch eigenes Handeln. In derlei Auseinandersetzungen haben wir eine Chance, wenn wir gegen die ideologische Norm der Faschisten, politisch und „rassisch" Mißliebige physisch ausschalten zu wollen, unsere Norm setzen, daß niemand wegen seiner politischen Überzeugung, Nationalität usw. körperlich mißhandelt werden darf, und daß Organisierung, die sich solche Ziele setzt, unterbunden gehört. Damit wird in unserem Kampf ein emanzipatorisches Element sichtbar, für das wir weite Teile der Gesellschaft in Auseinandersetzung mit dem staatlichen Handeln mobilisieren können, insofern wir auch selbst danach handeln. Ein Rückfall in das Faustrecht, wo alle Personen/Gruppen jeweils für sich meinen, ihre Vorstellungen gewaltsam durchsetzen zu dürfen, schadet nur uns, weil er doch faschistischer Ideologie, von der das „Recht des Stärkeren" ein Grundbestandteil ist, erst so richtig die Leute in die Arme treibt. Dieses Faustrecht und das darin gewonnene Stärkegefühl für die vermeintlich Starken ist auch der praktische Zusammenhang zwischen autonomer Militanz und patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, den die Rendsburger vermuten. Die Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" resultiert aus diesen gefährlichen Zusammenhängen und löst kein Problem.

... und Sozialpolitik

Aber die Umkehrseite der patriarchalen Medaille spielt auch eine nicht geringe Rolle in der laufenden Diskussion: Die Vorstellung, Faschisten therapieren zu können und sie lediglich als Opfer zu sehen, denen geholfen werden kann, wieder von Person zu Person, nur diesmal nicht mit Schlägen, sondern mit „Geborgenheit, Gruppengefühl" usw. usf. Diese Theorie, formuliert v.a. von Sozialdemokraten (Leggewie & Co.), wird oft als die Alternative zur autonomen Antifa-Politik gehandelt und dort auch z.T. so diskutiert, gerade wenn man (v.a. aber frau) der Hauereien gerade mal wieder überdrüssig ist. Sie beruht aber auf falschen Voraussetzungen, wofür ein einfaches Beispiel (in Anlehnung an die feministische Soziologin Rohrspacher) genannt werden kann: Wäre die faschistische Bewegung im wesentlichen eine der sozialen Opfer, wäre der Frauenanteil darin bedeutend höher, sind sie es doch, die am stärksten von struktureller und offener Gewalt und Unterdrückung betroffen sind. Es kann tatsächlich weder in der einen noch der anderen Form darum gehen, den konkreten faschistischen Personen Gutes oder Schlechtes anzutun. Erforderlich ist eine breite gesellschaftliche Mobilisierung für emanzipatorische Ziele, an der alle von uns irgendwo in ihrem Alltag und in der politischen Praxis teilnehmen können und müssen, die eine Ächtung des Faschismus bewirkt und auch öffentlich durchsetzen kann.

Ein Beispiel

Die Tatsache, daß viele deutsche Kapitalisten derzeit polnische Arbeiter auf Baustellen zu Hungerlöhnen ausbeuten, führt bei diesen Ausbeutern zu einer regelrechten „Vorliebe" für Polen, bei deutschen Bauarbeitern aber oftmals zu Ablehnung wegen „Lohndrückerei", die bei gegebenen anderen Bedingungen bis zum Rassismus sich steigern kann. Aufgrund dieser sehr typischen Ausgangslage und der sozialen Erfahrungen der meisten autonomen Antifas neigen diese dann oft dazu, nur die Erscheinung zu betrachten und „gerade die Arbeiter" zu Rassisten zu erklären und sich mit ihren Anliegen, die angeblich vom metropolitanen Wohlstand bestochen seien usw., nicht mehr näher zu

beschäftigen. Die Sache endet dann so, daß man sich mit dem einen oder anderen, der dann wirklich für faschistische Ziele eintritt, auf der Straße im Kampf begegnet und der – doch auch oft beschworene – wirkliche Feind aus dem Visier gerät und allen Ernstes betonen kann, daß er doch nichts gegen Ausländer habe, wie es die deutschen Kapitalisten derzeit ja sehr gerne tun. Eine aussichtslose Geschichte, die objektiv nur zu Bündniskonstellationen wie auf der Berliner Demonstration am 8.11. gegen Ausländerfeindlichkeit führen kann, auf deren Rednertribüne alle bedeutenden weißen Westen der wirklichen Nutznießer rassistischer Politik blenden: Bundespräsident v. Weizsäcker, Ex-HJ, Tyll Necker, BDI, Helmut Kohl, Bundeskanzler dieses unseres „ausländerfreundlichen Landes". Die Frage nach emanzipatorischen Normen wird von – nicht nur autonomen – Antifas meist nicht aufgeworfen, wo sie sich konkret im Alltag stellt: bei der Frage, ob es erlaubt sein darf, daß Kapitalisten Arbeiter zu Löhnen unter Tarif bzw. überhaupt zu solchen Hungerlöhnen ausbeuten. Hier konnte und kann die bürgerliche Politik schalten und latente faschistische Elemente walten lassen. Der Widerstand dagegen ist schwach, wird womöglich von Autonomen noch als „gewerkschaftlich-systemtragend" denunziert, obgleich doch aus dem Beispiel ersichtlich ist, daß ein durchgesetztes gesetzliches Mindesteinkommen eine erhebliche Schwächung der Anhangbildung der Faschisten bewirken könnte. – Eine von vielen Fragen, mit denen sich in der autonomen Antifa-Diskussion bislang noch niemand, jedenfalls öffentlich, beschäftigt ...

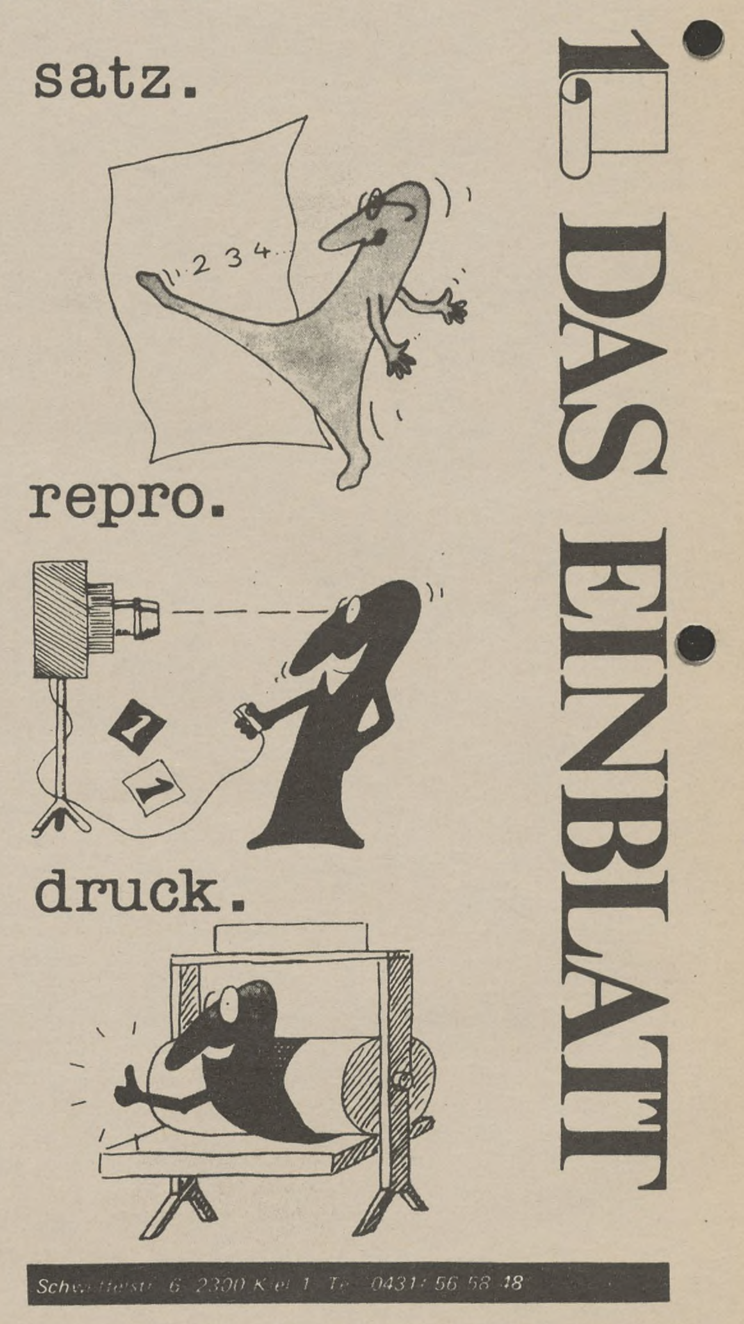
Und nun?

Nötig ist also eine Tendenz, daß wir uns alle mehr mit konkreten Fragen des Alltags: Wohnungsbau- und Arbeitsmarktpolitik, finanzielle Ausblutung der Kommunen usw. usf., beschäftigen, also all den Gründen, die die herrschende Politik für die Attraktivität faschistischer Positionen schafft. Die Aufgabe der sozialistischen und gewerkschaftliche orientierten Linken besteht wesentlich im Angang des o.g. Problems des Rassismus, der sich aus der Konzernpolitik speist und in der Arbeitsweilt bekämpft werden muß. Soweit eher die Erfahrungswelt des politischen Spektrums, das viele der Meinungen gebildet hat, die sich durch diesen Artikel ziehen. Aber auch die autonomen Antifas können wichtige Beiträge in dieser Hinsicht leisten. Dazu können wir nur Fragen stellen, die sich auf die konkrete Lebensrealität dieses Spektrums und die darin liegenden Möglichkeiten beziehen, emanzipatorische Normen zu entwickeln.

Etwa: Wie stellt Ihr Euch selbstbestimmtes Leben vor, für das Ihr an vielen Stellen in linken Zentren usw. heute eintretet? Wie kann der gesellschaftlichen Brutalisierung entgegengewirkt werden, die viele junge Antifas heute doch aus den Schulen kennen? Welche – emanzipatorische? – Lebensweise ist es, die Ihr „der Spießergesellschaft" entgegensetzt, aus der ja immerhin das Braune sprießt, und welche Bedingungen sind dafür notwendig? Wie ist es möglich, ein Mindesteinkommen für alle zu erkämpfen, ohne das Leben auf Kosten anderer zu legitimieren, das doch Ausbeutung ist?

Wir hoffen, aus all den Fragen und vielleicht einer z.T. gemeinsamen Erörterung könnte sich auch die Aussicht ergeben, die Diskussion über Rassismus mal wieder weg von der „psychoanalytischen" Ebene („auch in mir..."), hin zu den realen Bedingungen zu bewegen, auf die wir alle – und in Kooperation mit anderen, z.B. Initiativen, Gewerkschaften usw. – Einfluß nehmen können. Ein praktisches Betätigungsfeld dafür wäre bspw. eine gemeinsame Diskussion (eingeladen vom Nordregionalen Antifa-Plenum?) über Aufgaben der antifaschistischen Opposition bei der bevorstehenden Ballung von (Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunal-) Wahlen. So würde wohl auch autonome Politik aus ihrem systematischen Zielkonflikt heraustreten können, sich ausschließlich physisch oder psychisch an den personellen Trägern rassistischer Ideologie abzuarbeiten und sich dann zu wundern, daß sich niemand sonst (Stichwort Ghetto) für das interessiert, was sie – militant oder therapeutisch – unter Antifa-Kampf versteht, weil eben nicht alle – wie in der Szene sehr verbreitet – zwischen 20 und 30 und kräftig oder Sozialpädagogikstudierende sind.

– (uga)



Bücher Bücher Bücher

„Erziehung" ins Massengrab

Detlef Korte
„Erziehung“ ins Massengrab
- Die Geschichte des Arbeits-
erziehungslagers Nordmark
Kiel - Russee 1944 - 45
Neuer Malik Verlag

„Hier stand ein KZ. Hier errichteten die Nationalsozialisten - Gestapo Kiel - im Mai 1944 das „Arbeitserziehungslager Nordmark“. Hier waren insgesamt über 2000 Menschen eingesperrt. Hier wurden mehr als 500 Menschen ermordet. Auch hier begegnet uns deutsche Geschichte. Dieses Lager mahnt uns, jedem Ansatz von Brutalität und Terror zu widerstehen und für eine menschenwürdigere Zukunft einzutreten.“ Mit dem ersten und dem letzten Satz dieses, 1985 von einer Projektgruppe „Drittes Reich - Lager am Russee“ für eine Gedenktafel vorgeschlagenen Textes, konnte sich das Kieler Kulturamt nicht anfreunden. Beide wurden, trotz Protestes der Projektgruppe, ersatzlos gestrichen.

Mit dem Buch „´Erziehung´ ins Massengrab - Die Geschichte des Arbeitserziehungslagers Nordmark, Kiel-Russee 1944 - 45“ liegt seit Ende 1991 ein außergewöhnliches Dokument Kieler Geschichte vor. Detlef Korte skizziert auf ca. 330 Seiten die Geschichte des Arbeitserziehungslagers am Russee. Zunächst wird die Vorgeschichte des Lagers beschrieben, die Rekrutierung ziviler ausländischer Arbeitskräfte für das Deutsche Reich, die Entstehung von sogenannten Arbeitserziehungslagern, als Straflager zur Disziplinierung dieser Arbeitskräfte und als Hafträume für die Gestapo (Geheime Staatspolizei). Daß die Bezeichnung solcher „Arbeitserziehungslager“ als Konzentrationslager durchaus gerechtfertigt ist wird ebenso belegt, wie das Interesse auch der in Kiel ansässigen Industriebetriebe an diesen. So beschäftigten die Deutsche Werke, Werk Kiel, die Germaniawerft, die Kriegsmarinewerft, Anschütz, die Deutsche Werke, Werft Friedrichsort, Elac, HAGENUK und die Walter-Werke im Januar 1943 zusammen alleine ca. 10 500 „Fremdarbeiter. Aber auch viele mittlere Betriebe wie zum Beispiel die Holsten-Brauerei bedienten sich dieser billigen Arbeitskräfte. Schon um diese Arbeiter und Arbeiterinnen bei niedrigster „Bezahlung“ und denkbar schlechter Versorgung zu disziplinieren schienen die Arbeitserziehungslager ideal.

Das Lager am Russee wird sehr genau beschrieben. Vom Lageraufbau, über das Wachpersonal bis zur exemplarischen Beschreibung der Schicksale einiger Häftlinge, den Lageralltag, Fluchtversuche und Bestrafungen sowie die Todesmärsche zu denen die Häftlinge gezwungen wurden um eine Befreiung durch die Alliierten zu verhindern.

Weiter das Buch die Geschichte des Lagers am Russee in der Nachkriegszeit als Flüchtlingslager. die Fahndungen, Verhaftungen und Ermittlungen gegen die Verantwortlichen und die Wachleute. Weiter beschreibt er die beschämende „Vergangenheitsbewältigung“ der Stadt Kiel, die bis heute eine breite Auseinandersetzung mit diesem Teil Kieler Geschichte sabotiert hat.

Detlef Korte hat nicht nur unglaublich viel Material aus allen erdenklichen Archiven zusammengetragen, und schon mit der Dokumentation der Geschichte des Lagers am Russee beachtliches geleistet. Das Buch beinhaltet auch einen wichtigen Einblick in die Grundlagen der Politik der Nationalsozialisten. Insgesamt ein Buch das mehr liefert als die Beschreibung eines KZ´s. Auf dieser Grundlage des Geschichtsunterrichts an Kieler Schulen könnte jedenfalls ein Anfang einer breiten Auseinandersetzung über dieses Thema gemacht werden.

Schreiberinnen des Todes

Lore Shelley
Schreiberinnen des Todes
Lebenserinnerungen
internierter jüdischer
Frauen, die in der
Verwaltung des
Vernichtungslagers
Auschwitz arbeiten
mußten
AJZ Verlag

Lore Shelley dokumentiert in der jetzt erschienenen deutschen Übersetzung des 1986 in den USA erschienen Buches das Schicksal der jüdischen Frauen, die in Auschwitz im Gestapo-Büro zu arbeiten hatten. Frauen, die aus dem Vernichtungsprozeß vorübergehend herausgenommen werden sollten, um die „andere“ Seite der Vernichtung, die Schreibarbeit, zu erledigen. Diese Frauen sollten nach der Planung der Lagerkommandantur niemals überleben. Zuviel wußten sie über das Geschehen, die Verantwortlichen. Trotzdem überlebten von 68 Jüdinnen, die in den Gestapo-Büros arbeiten mußten, 53 die Vernichtungsmaschiene Auschwitz.

Diese Frauen geben Zeugnis über die Vernichtungsmaschiene der Nationalsozialisten. Sehr verschieden, teils sehr detalliert und persönlich, teils mit noch immer größten Ängsten, die Erinnerung erneut heraufzubeschwören. So beschreiben sie die Arbeit in der Registratur, der Schreibstube, der Vernehmungsabteilung, dem Standesamt. Auch Frauen, die ihre Geschichte heute nicht erzählen können sowie die männlichen Häftlinge des Kommandos werden beschrieben.

Wer dieses Buch in die Hand nimmt, der taucht ein in eine Realität die auf diese Weise kaum beschrieben wird, kaum beschrieben werden kann. Lore Shelley dokumentiert eine Beschreibung dessen, zu was das Gefühl der nationalen und „rassischen“ Überlegenheit gepaart mit wirtschaftlichen und militärischen Expansionsgelüsten führen. In Zeiten in denen Bilder von pogromartigen Ausschreitungen langsam kaum mehr jemanden verunsichern eine gewichtige Mahnung.

